

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 5. November 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 M.

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die deutsche Eisenindustrie. — Lehrreiche Vergleiche. — Die Unternehmer und das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Gewerkschaftstabelle und Streikversicherung in England. — Aus Oesterreich. — Dritte Nordbayerische Metallarbeiter-Konferenz. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kr. u. St.-K. d. Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. — An die Berliner Metallarbeiter! — Technisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach **Bielefeld** (Temperformer, Firma Wiltz, Kramer) Str., nach **Bischofswerda** (Buchholz) Str., nach **Düsseldorf D.**, nach **Forst**, nach **Halle a. S.** (A. Jacobi in Bilsdorf b. H.) Str., nach **Röthen i. Anhalt**, Maschinenbauaktiengesellschaft (vormals A. Paschen) Str., nach **München** (Firma Heilbronner) Str., nach **Waltershausen** (Temperformer, Firma Maier u. Co., Inhaber Albert Fischer) Str.;
- von Feilenbauern v. nach **Frauenthal**, **Spreyer**, **Mannheim** u. **Indwighafen** L., nach **Potsdam** **Dresden** (Mehlhoje) W.;
- von Klempnern nach **Cassel**, nach **Leipzig** (Acetylen-Gasgesellschaft Prometheus);
- von Metallrüdern nach **München** L.;
- von Schlossern nach **Duisburg** (Eisenmöbelfabrik von Karl Barnab).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Urtford-Reduktion.)

Die deutsche Eisenindustrie.

Wiederholt wurden in diesem Blatte übersichtliche und informative Artikel über die wirtschaftliche Entwicklung in allen ihren Beziehungen, insbesondere aber solche über die Eisen- und Maschinenindustrie veröffentlicht und es soll diesem Gebiete auch in Zukunft die ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet werden. Bei der kapitalistischen Demagogie und dreisten Falschmünzerei zur Wahrung der eigenen Interessen und zur billigen Niederschlagung der Arbeiter ist die Kenntniß der Verhältnisse der Industrie ebenso unerlässlich für jeden Arbeiter, wie die Kenntniß der eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse. Die Unwissenheit, Gleichgültigkeit und Unterwürfigkeit des bedrückten Volkes sind noch zu allen Zeiten die mächtigsten Verbündeten der herrschenden Klassen gewesen, mit denen sie die freien Regungen und Bestrebungen der Unterdrückten und Ausgebeuteten vernichteten und den alten Zustand mit seinen Ausbeutern und Ausgebeuteten, mit seinen Herrschern und Beherrschten aufs Neue befestigten konnten. Und mehr als je sind heute die Scharfmacher an der Arbeit, die ihnen verhasste Arbeiterbewegung, den geweckten und aufstrebenden Geist der Arbeiter zu zerschmettern und wieder in die alten Fesseln eines starren Polizeiregiments, eines kapitalistisch-arbeiterfeindlichen Pfaffenhumors zu bannen und im Zuchthaus zu tödten. Einer der schlimmsten Scharfmacher und giftgeschwollensten Hecker und Wähler, der Generalsekretär Bued des Stumm'schen Zentralverbandes deutscher Industrieller, der kürzlich für seine Verdienste den preussischen Kronenorden erhielt und für den die Industriebarone ein Ehrengeld von 50,000 M. sammelten — dazu haben sie, die Arbeiter hartnäckig einen höheren Lohn verweigern, immer Geld —, hat in seinem letzten Jahresberichte in seiner Weise die „Arbeiterfrage“ behandelt. Er wies auf das Wachsthum der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen hin und betonte sodann ganz besonders die „große Gefahr (hu, hu, Polizei und Militär her!) der Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft, die den Nährboden bilde, auf dem sich die bösesten und verruchtesten Triebe des Menschen,

der sogenannte Anarchismus, entwickeln, wie das grauenvolle Ereigniß der letzten Zeit wieder gelehrt. Er vertraut, daß die wachsende Einsicht der Regierung erndlichen wird, auch unter den jetzigen Parteihältnissen einer die Sozialdemokratie energisch bekämpfenden Gesetzgebung die Wege zu ebnet, indem er hervorhebt, daß das alte Sozialistengesetz, wie es alle Industriellen in den sozialdemokratisch versuchten Bezirken am besten wissen, genügt habe.

Daß es nicht mehr genügt habe, lag an der schwächlichen Durchführung desselben. Es wäre aber auch eine schärfere Gesetzgebung auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts zu befürworten. Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaft ist 1897 erheblich, um 27 Proz. gewachsen, was Redner auf die gestiegenen Löhne und bessere Wirtschaftslage der Arbeiter zurückführt und, weil es paradox klinge, genauer beweist. Die Streiks waren im letzten Jahre zahlreicher als früher, nämlich 578; davon waren nach dem Vorwärts 330 sogenannte Angriffsstreiks, die nicht auf Lohnrückerei zurückzuführen sind, sondern von Arbeitern ausgehen und zur Einmischung der Sozialdemokratie besonders geeignet sind. Redner will das Koalitionsrecht grundsätzlich aufrecht erhalten; aber alle Ueberschreitungen dieses Rechts, die vielfach den Charakter von Verbrechen annehmen, die Behinderung arbeitswilliger Genossen durch Bedrohung, Berrufserklärung müssen durch die bereits eingeleitete Gesetzgebung unter Strafe gestellt werden.“

Die Sozialdemokratie, die entschiedenste und energischste Gegnerin, der „Nährboden des Anarchismus“! So etwas kann nur Einer behaupten, der ein Dummkopf oder ein Verleumder und ein gewissenloser Scharfmacher ist. Kennt man Stumm und kennt man seinen Abjutanten Bued, dann kann man die „grundtätliche Aufrechterhaltung“ des Koalitionsrechts im Munde dieser Leute nur als Heuchelei betrachten. Die Mitglieder des Zentralverbandes, die in Berlin beisammen gewesen, waren selbstverständlich mit den Ausführungen ihres Generalsekretärs sehr einverstanden.

Nun zur Entwicklung der deutschen Eisenindustrie, die zeigt, wie grundlos und frivol alle Hezereien gerade der Eisenbarone und ihrer gemieteten Handlanger gegen die Arbeiter sind. Beginnen wir mit dem Eisenerzbergbau. Derselbe zählte im Jahre 1887 672 Haupt- und 47 Nebenbetriebe und 32,969 Arbeiter, er hatte eine Produktion von 9,351,100 T. Erz und im Werthe von 34,005,000 M.; im Jahre 1896, also nach 10 Jahren, zählte er 634 Haupt- und 34 Nebenbetriebe, 35,223 Arbeiter und er hatte eine Produktion von 14,162,300 T. Erz im Werthe von 51,399,000 M. Die Zahl der Bergwerksbetriebe verminderte sich demnach in den 10 Jahren um 53, die Zahl der Arbeiter vermehrte sich um 2254, die Produktionsmenge erhöhte sich um rund 5 Millionen Tonnen und der Produktionswerth um 17,39 Millionen Mark. Die Produktivität der Arbeit ist sonach bedeutend gestiegen, noch mehr aber der Werth der Produktion, der in der Hauptsache dem Kapital zufließt. Kurz erwähnt seien noch die anderen Erze. Bei der Produktion von Zink erz wozu 1887 13,626 Arbeiter beschäftigt, 1896 13,391, um 235 weniger, die Produktionsmenge fiel von 900,706 auf 729,900 Tonnen, während aber der Produktionswerth stieg von 10,022,000 auf 17,023,000 M. In den Bleierz-Gruben arbeiteten 1887 14,344 Arbeiter, 1896 12,289, um 2055 weniger, die Produktion verminderte sich aber nur von 157,600 auf 157,500 Tonnen, dagegen sank ihr Werth von 15,923,000 auf 12,996,000 M. Beim Kupfererzbergbau waren 1887 14,094 Arbeiter beschäftigt, 1896 14,081, um 13 weniger, die Produktionsmenge stieg gleichzeitig von

507,600 auf 717,300 Tonnen und der Werth von 14,552,000 auf 16,959,000 M. Silber- und Gold-erze wurden 1887 in 43, 1896 in 19 Bergwerken gewonnen, Arbeiter waren dabei 6489 resp. 4425 thätig, um 2064 in 1896 weniger, die Produktion fiel von 25,700 auf 11,300 Tonnen und der Werth von 4,178,000 auf 1,712,000 M.

Die Roheisenproduktion wurde 1887 in 110 Hütten betrieben, 1896 ebenfalls, die Arbeiterzahl betrug 1887 21,432, 1896 26,562, die Produktion 4,024,000 resp. 6,372,600 Tonnen und der Werth 166,443,000 resp. 299,660,000 M. Bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl um ca. 23 Prozent stieg die Produktionsmenge um ca. 60 Prozent und der Produktionswerth um ca. 75 Prozent! Davon fielen dem Kapital gewiß gegen 50 Prozent zu.

Hochofenbetriebe gab es 1887 110, 1896 106, Hochöfen 212 resp. 229. Verarbeitet wurden 1887 12,057,400, 1896 17,950,100 Tonnen Roheisenerze, Schlacken und Zuschläge. Auf die einzelnen Eisensorten vertheilte sich die Roheisenproduktion folgendermaßen: Masseln zur Gießerei 1887 489,100 Tonnen im Werthe von 22,499,000 M., 1896 944,400 T. im Werthe von 48,508,000 M. Masseln zur Flußeisenbereitung 1887 1,732,500 T. im Werthe von 71,432,000 M., 1896 4,054,800 T. im Werthe von 185,244,000 M. Masseln zur Schweißereibereitung 1887 1,756,100 T. im Werthe von 68,023,000 M., 1896 1,330,800 T. im Werthe von 62,143,000 M. Gußwaaren erster Schmelzung 1887 31,400 T., Werth 3,825,000 M., 1896 32,600 T., Werth 3,347,000 M. Bruch- und Wafseisen 1887 14,900 T., Werth 664,000 M., 1896 10,000 T., Werth 418,000 M. Bemerkenswerth ist der kolossale Aufschwung der Flußeisen-Erzeugung, die sich in den 10 Jahren beinahe verdreifachte und andererseits der Rückgang der Schweißereibereitung und der anderen Sorten. Die Gießerei-Masseln haben sich dagegen ebenfalls mehr als verdoppelt.

Die Zahl der Eisengießerei-Betriebe stieg von 1097 im Jahre 1887 auf 1215 in 1896, die Zahl der Arbeiter von 48,668 auf 74,536, die Menge des verschmolzenen Rohe- und Meisens von 871,400 auf 1,570,200 T. Produzirt wurden an Geschirrguß 1887 59,700 T. im Werthe von 11,018,000 M., 1896 88,700 T. im Werthe von 16,534,000 M., an Röhren 1887 104,000 T. im Werthe von 11,385,000 M., 1896 195,000 T. im Werthe von 21,925,000 M., an sonstigen Gußwaaren 1887 599,800 T. im Werthe von 100,257,000 M., 1896 1,080,300 T. im Werthe von 187,804,000 M.

Die näheren Angaben über die Verarbeitung des Schweißereisens und Stahls, sowie des Flußeisens und Stahls zeigen den fortwährenden Rückgang des erstern und den bedeutenden Aufschwung des andern. Die Betriebe für Verarbeitung des Schweißereisens gingen von 286 in 1887 zurück auf 192 in 1896 und die Arbeiterzahl von 52,786 auf 39,684; gleichzeitig stiegen die Betriebe für Flußeisenverarbeitung von 94 auf 153 und die Zahl der Arbeiter von 36,740 auf 83,302. Entsprechend dieser Verschiebung ging die Menge des verarbeiteten Eisens wie der eigenen Produktion in den Schweißereibetrieben zurück und stieg in den Flußeisenbetrieben. So ging die Produktion von Eisenbahnschienen und Schienenbefestigungstheilen von 9800 T. in 1887 zurück auf 1800 T. in 1896, der Eisenbahnschwellen von 27,000 T. auf 2000 T., des Drahtes von 185,000 T. auf 35,600 T. usw. Die Produktion von schweißereisernen Röhren stieg jedoch von 17,500 auf 42,200 T. Die Verarbeitung von Flußeisen und Flußstahl erfuhr hinsichtlich aller Artikel eine bedeutende Steigerung. Es wurden produ-

	1887	1896	1887	1896
	Tonnen	Tonnen	Million	Mark
(Verarbeitetes Eisen)	2191600	6019800	—	—
Halbfabrikate z. Verkauf	574500	1359200	49,01	105,57
Eisenbahnschienen	456200	580700	47,40	61,19
Eiserne Bahnschwellen	74200	159300	7,90	15,66
Rollendes Eisenbahnmat.	65400	118300	13,18	25,79
Handelseisen (Träger zc.)	111900	1332500	12,48	131,24
Platten und Bleche	88800	566800	13,65	79,29
Weißblech	13800	34200	4,73	9,34
Draht	259600	513400	28,18	54,92
Röhren	?	10200	0,01	2,60
Kriegsmaterial (Geschütze zc.)	11700	14000	14,98	16,58
Anderer verkäufliche Eisen- und Stahlorten	82400	132800	20,10	38,50

Bemerkenswert ist besonders die um das 10^{1/2}-fache gestiegene Produktion von Handelseisen, worunter Fagoneisen, Baueisen und Profileisen zu verstehen sind und wobei der Aufschwung der Städte und Industriezentren mit der enormen Bauhätigkeit den größten Einfluß ausgeübt hat. Ferner ist der Bedarf der Eisenbahnen, der bestehenden wie neugebauten, um fast das Doppelte gestiegen, sodann der Absatz an Halbfabrikaten, Platten und Blechen, an Draht, Röhren, Kriegsmaterial zc.

Von den übrigen Metallen wurde Zink im Jahre 1887 in 31 Betrieben mit 8955 Arbeitern produziert und zwar 130,500 T. im Werthe von 36,597,000 M., im Jahre 1896 in 30 Betrieben mit 10,467 Arbeitern 153,100 T. im Werthe von 47,108,000 M. Blei wurde 1887 in 34 Betrieben mit 2739 Arbeitern produziert und zwar 99,400 T. im Werthe von 23,539,000 M., 1896 in 32 Betrieben mit 2902 Arbeitern 117,700 T. im Werthe von 25,975,000 M. Kupfer wurde 1887 in 21 Betrieben mit 3049 Arbeitern gewonnen in einer Menge von 20,600 T. im Werthe von 17,768,000 M., 1886 in 23 Betrieben mit 3968 Arbeitern 29,900 T. im Werthe von 29,330,000 M. Silber 1887 in 22 Betrieben mit 2272 Arbeitern 366,962 Kg. im Werthe von 48,074,000 M., 1896 in 21 Betrieben mit 2084 Arbeitern 428,429 Kg. im Werthe von 38,872,000 M. Gold wurde 1887 in 9 Betrieben, deren Arbeiterzahl nicht angegeben ist, gewonnen und zwar eine Menge von 1753 Kg. im Werthe von 4,894,000 M., 1896 in 13 Betrieben 2487 Kg. im Werthe von 6,916,000 M.

Für 1897 liegen im Statistischen Jahrbuch noch keine Angaben vor, dagegen hat solche das statistische Bureau des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen veröffentlicht, die wir mit denen von 1887 und 1896 in Vergleich setzen wollen. Darnach betrug die Produktion:

	Tonnen	Million	Durchschnittspreis pro Tonne in Mark
Eisenerz	1897 15448212	60016182	3,88
	1896 14162335	51398651	3,63
	1887 9351100	34005000	3,63
Roheisen	1897 6879541	350060671	50,88
	1896 6272575	299659689	47,02
	1887 4024000	166443000	41,36

Fast ebenso bedeutend wie die Produktionsmenge, die sich ja an Erz wie an Roheisen von 1887 bis 1897 enorm vermehrte, ist der Produktionswerth gestiegen, welche große Steigerung im Durchschnittspreis der Tonne besonders anschaulich zum Ausdruck gelangt. Das Eisenerz stieg von 3,63 M. auf 3,88 M., um 25 J pro Tonne, oder um 7 Proz., das Roheisen aber gar von 41,36 auf 50,88 M., um 9,52 M. oder um 22 Prozent.

Eine noch eingehendere Preisübersicht und zwar für die Jahre 1886, 1892 und 1898 finden wir in der „Verg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“. Darnach betragen die Preisbewegungen in der Eisenindustrie (pro Tonne) je im Monat Januar:

	1886	1892	1898
	M	M	M
Puddel-Eisen:			
Rheinland-Westfalen	41	51	59
Schlesien	45	54	60
Lothar	50	49	58
Siebereisenerz:			
Rheinland-Westfalen	49	57	60
Schlesien	53	58	61
Bessemer-Roheisen:			
Rheinland-Westfalen	45	59	65
Thomas-Silichrist-Eisen:			
Rheinland-Westfalen	39	48	60
Stab-Eisen:			
Rheinland-Westfalen	102	125	128
Schlesien	109	120	128
Harz-Hannover	103	120	120
Walz-Draht:			
Rheinland-Westfalen	110	115	123
Ordinärer Bauguß:			
Schlesien	120	130	130
Lothar	130	131	140

	1886	1892	1898
	M	M	M
Guß-eiserne Ofen zc.:			
Pfalz	150	180	184
Schwerer Maschinen-guß:			
Sachsen	150	170	190
Dampfmaschinen, Kessel, Turbinen:			
Sachsen	553	620	606

Diese Zahlen bekunden eine fortwährende Preis- und damit Gewinnerhöhung und bedeuten ein fortwährendes Reichwerden der Kapitalisten, denn diesen Preis- und Gewinnerhöhungen steht keine oder nur theilweise und dann nur bescheidene Lohnerhöhung gegenüber. So bietet die Eisenindustrie in jeder Richtung ein Bild der blühendsten und glänzendsten Entwicklung, wovon aber nur das Kapital den Vortheil hatte. Um so unverschämter und unberechtigter sind denn auch die Forderungen und Wühlereien der Eisenbarone zc. gegen die Arbeiter. Wir hoffen, wenn im Reichstage wirklich eine Zuchtantragsvorlage eingebracht werden sollte, wozu unter den obwaltenden Umständen ein starker Muth gehört, daß die Vertreter der Arbeiter auch dieses Material sich nicht entgehen lassen, sondern es den Stumm, den Posadowsky und ihren Verbündeten entgegenschieben, um ihre arbeiterfeindlichen Machinationen zu charakterisieren und zurückzuweisen.

Schreie Vergleich.

u. Die bloße Behauptung, daß Deutschland an der Spitze der Sozialreform marschiere und von allen Ländern am meisten für die Arbeiter gethan habe, hat noch nie einer kritischen Nachprüfung Stand gehalten, selbst nicht im Zeichen des sog. neuen Kurzes, der mit den Erlassen vom 4. Februar 1890 einsetzte, mit der Einberufung der rekrutierten internationalen Arbeiterschuttkonferenz zu Berlin seinen Höhepunkt erreichte und mit der Annahme der schwächlichen, zum Theil reaktionären Gewerbenovelle 1891 seinen unruhlichen Abschluß fand. Selbst wenn diese Gesetzesnovelle Alles verwirklicht hätte, was die Februarerlasse im Ueberreife des Reichens neuer Bahnen ankündigten, der Normalarbeitstag für alle Arbeiter, die anerkannten Vertretungen der Arbeiter, so waren auch diese weitesten Ziele bereits in anderen Staaten erreicht. In Oesterreich herrschte der Normalarbeitstag schon seit 1885, in der Schweiz gar seit 1877 und in der englischen Textilindustrie noch länger; die Schweiz wartete nur auf eine Verallgemeinerung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung, um zum Zehnjundentag überzugehen, und die anerkannten Arbeitervertretungen waren ebenfalls schon in England verwirklicht. Das Einzige, worauf Deutschland den Anspruch auf Originalität erheben konnte, die Arbeiterversicherung, lag damals und liegt auch heute noch derart im Argen, daß die Geringschätzung der Arbeiter, die dieses Versicherungswejen mit einer konzentrierten Armenunterstützung vergleichen, eine gewisse Berechtigung hat. Seitdem ist aber in Deutschland nichts geschehen, was irgendwie Anspruch auf Weiterführung des Arbeiterzuges über die engen Grenzen der 1891er Gewerbenovelle hinaus erheben könnte; im Gegenteil sind wir heute weiter denn je von großen Gesichtspunkten in der Sozialreform entfernt und die blindeste Reaktion rüftet sich, auch noch mit dem mühsam Errungenen früherer Jahrzehnte anzuräumen. Den Forderungen nach Arbeiterzuzug lehnt die Regierung den Unternehmerzuzug, dem Verlangen nach Anerkennung der Gewerkschaften die Vereinerung des Koalitionsrechts entgegen und hätte der Kurs Posadowsky freie Bahn und ein gefügiges Parlamentswerkzeug, er würde sich in nichts von dem Schredensregiment der Crispi, Rudini und Pelloni in Italien unterscheiden, die die Organisationen des italienischen Proletariats mit den brutalsten Mitteln unterdrückten.

Unterdessen machen sich in anderen Staaten entsprechend dem größt werdenden Einfluß der Arbeiterbewegung Fortschritte bemerkbar, hinter denen Deutschland in beschämender Weise immer weiter in Rückschritt geräth. Wir gehören nicht zu denen, die alle Maßnahmen des Auslandes über Gebühr feiern und alle Maßnahmen der eigenen Regierung geringschätzig kritisieren; wir begrüßen das Gute, woher es auch kommen mag, — aber wir sind nicht so patriotisch-eigensüchtig, vor dem Besseren, weil es außerhalb der schwarz-weiß-rothen Grenzpfähle erklaud, die Augen zu verschließen und in jenes Selbstlob einzustimmen, mit dem ein nationaler Dünkel das Deutschthum in den Augen aller nächstern denkenden Menschen im In- und Auslande herabsiekt. Wir prüfen objektiv bei jeder ausländischen Reform, was sie den Arbeitern bietet und wie sich die deutschen Regierungen verhalten würden, und wenn dann der Vergleich zu Ungunsten unseres

Vaterlandes ausfällt, so ist das eben ein Beweis, daß hier noch Manches faul ist.

Das bestätigt sich gerade in diesem Jahre der Veröffentlichung des geheimen Posadowskyerlasses und der Zuchtantragsvorlage, Ereignisse, die deutlicher als alle Ministerreden und Leitartikel der Offiziösen bekunden, wie die Regierung das Koalitionsrecht und die davon Gebrauch machenden Arbeiter zu behandeln gedenkt. Sie haben uns die Endziele der unternehmerfreundlichen Regierung enthüllt und auch dem Naivsten einen Einblick in den kapitalistischen Zukunftsstaat der Stumm, Bued, Jente und Skoujorien eröffnet, von dem die Arbeiter für alle Zeit genug haben dürften. Vergessen ist der Passus im Programm der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, der von anerkannten Vertretungen der Arbeiter sprach — Vernichtung der Arbeitervertretung lautet jetzt die Parole der scharfgemachten Regierung.

Zur gleichen Zeit sehen wir, daß sich die belgische Arbeiterschaft in der eigenthümlichen Lage befindet, sich der Anerkennungsbeweise ihrer Regierung erwehren zu müssen. In Belgien trat am 31. März ds. Js. ein Gesetz in Kraft, das den beruflichen Vereinigungen die Anerkennung als juristische Person gewährt und sie damit hinsichtlich des Eigenthumsverwehs und der Klagbarkeit der Mitgliederbeiträge sicherzustellen bezweckt. Daß dieses Gesetz nicht so ausgefallen ist, wie es die Gewerkschaften verlangten, ist die Schuld des reaktionären Unternehmertums, der an arbeiterfeindlicher Verböhrtheit unseren Stimmungen nichts nachgibt. Schon seit 1890 war die belgische Regierung bestrebt, die Berufsvereine gesetzlich anzuerkennen, was aber seither durch die Unternehmerrmehrheit des Parlaments stets verhindert wurde. Allmählig gewannen aber die Sozialisten und radikalen Parteien größeren Einfluß und als die Bourgeoisvertreter die Reform nicht mehr vereiteln konnten, haben sie Alles aufgeboten, um sie den Arbeitern zu vereiteln.

So wurde der Begriff „berufliche Vereinigung“ auf Vereine aus Personen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft oder in liberalen Berufen begrenzt, die zum ausschließlichen Zwecke des Studiums, des Schutzes und der Förderung der reinberuflichen Interessen gebildet sind und nicht selbst ein Gewerbe betreiben dürfen. Dadurch sind zunächst gemischte Gewerkschaften, Industrieverbände, Kartelle zc. vom Erwerb der Korporationsrechte ausgeschlossen. Die Streichung des Wortes „ökonomische“ hinter „beruflichen“ Interessen, die Beschränkung der Gewerkschaften auf eine reinberufliche, nicht wirtschaftliche Thätigkeit behindert die „anerkannten“ Gewerkschaften, Unterstützungskassen, gemeinjamne Geschäftsbetriebe (Werkstätten für Arbeitslose, Gewerkschaftsheimen mit eigener Bewirthschaftung) einzurichten oder sonst für allgemeine wirtschaftliche Zwecke zu wirken, und ganz besonders soll eine politische Wirksamkeit her anerkannten Vereine ausgeschlossen sein. Daß dies Alles den Anreiz, als juristische Person anerkannt zu werden, stark herabmindert, ist leicht einzusehen. Ohne Unterstützungskassen können die Gewerkschaften nicht erfolgreich gedeihen, — ja, die Korporationsrechte haben eigentlich nur für die mit einem ausgebreiteten Kassennetzen verbundenen Gewerkschaften Werth. Und ebenso wenig sind die belgischen Gewerkschaften, gleichviel, ob sozialistischer, katholischer oder liberaler Gesinnung, gewillt, auf jede politische Wirksamkeit zu verzichten, die ihnen von der wirtschaftlichen Hebung der Lage der Arbeiter untrennbar erscheint. Auch der Verzicht auf lokale Kartelle verschiedener Berufe würde eine Unterbindung jeder freien Entwicklung bedeuten, der sie sich nie und nimmer fügen werden.

Noch in anderer Hinsicht hat man den Gewerkschaften das Gesetz verleidet. Das Recht der juristischen Person ist durch die Beschränkung des Eigenthumsverwehs auf solche Fälle, die mit den gesetzlich zulässigen Zwecken des Vereins in Zusammenhang stehen, sowie durch die Vorschrift, daß jedes Mitglied sich jederzeit von der Vereinigung zurückziehen kann, und diese gegebenenfalls nur den schuldigen und laufenden Beitrag fordern kann, beinahe illusorisch gemacht, denn welchen Zweck hätte sonst wohl das Recht der Einklagung der durch Vereinsbeschlüsse den Mitgliedern auferlegten Leistungen, wenn der Austritt ohne Kündigung in Jedermanns Bestehen gestellt ist. Dazu kommen noch beschränkende Bestimmungen hinsichtlich der Aufnahmen von Mitgliedern, der Qualifikationen der Vereinsleiter, der behördlichen Aufsicht und der freien Verfügung über das Vereinsvermögen bei Auflösung des Vereins. So dürfen anerkannte Gewerkschaften keine Mitglieder unter 16 Jahren aufnehmen und Minderjährige, sowie Ehefrauen nur dann, wenn der Vater oder Vormund. bew. Ehegatte dagegen nicht Einspruch er-

hebt. Nichtberufsgenossen dürfen nur als Ehrenmitglieder aufgenommen werden und zwar der Zahl nach nicht mehr als bis zu einem Viertel der ordentlichen Mitglieder. Leiter des Vereins dürfen nur belgische Staatsangehörige sein. Der anerkannte Verein hat eine Mitgliederliste in den Vereinskäulen zur Einsichtnahme der Mitglieder auszulegen, ferner eine Liste der mit der Leitung betrauten Personen nebst Statut und schriftlicher Erklärung, daß den Vorschriften des neuen Gesetzes Genüge getragen sei, bei der bestellten Aufsichtsbehörde, dem Conseil des mines zu deponieren, welche die Statuten auf ihre Gesezlichkeit prüft und dann deren Veröffentlichung im „Moniteur“ (Regierungsanzeiger) anordnet. Damit wird der Verein als juristische Person anerkannt und tritt mit dem 10. Tage nach Publikation im „Moniteur“ in seine neuen Rechte ein. Alljährlich ist aber wieder eine Vorstandsliste, schriftliche Erklärung der gesezmäßigen Grundlagen und Abrechnung dem Conseil einzureichen. Aufgelöst können anerkannte Vereine werden, wenn ihre Zusammensetzung und Thätigkeit dem Gesez widerspricht oder wenn sie ihr Vermögen zu anderen als statutarischen Zwecken verwenden oder wenn ihre Leitung dem Gesez nicht entspricht. Auch Geldstrafen von 26—500 Frs. sind vorgesehen für Solche, die bezüglich des Vereins falsche Erklärungen abgeben, als Leiter den gesezlichen Bestimmungen nicht nachkommen oder bei Liquidation des Vereins andere Zwecke verfolgen.

Alle diese Beschränkungen haben bewirkt, daß noch keine der Gewerkschaften nach der Anerkennung als juristische Person Verlangen getragen hat, und daß dieselben alle den ungezügeln aber freien Zustand wie bisher vorziehen. Das kann ihnen gewiß keiner verdenken, denn in der Zwangsjacke kann die Gewerkschaftsbewegung nicht gedeihen und es ist gewiß nur zu billigen, daß die belgischen Arbeiter zunächst bestrebt sind, das neue Gesez ihren Wünschen entsprechend zu verbessern, ehe sie sich unter dessen schützende Fittige begeben. Aber wie langsam, daß Das, was die belgischen Arbeiter mit Recht verwerfen, den deutschen Arbeitern beinahe als ein Ideal erscheinen muß. Denn die meisten der Beschränkungen dieses neuen belgischen Gesetzes sind in Deutschland schon seit Jahrzehnten Gesez, ohne daß die Gewerkschaften dafür wenigstens anerkannt würden und eine halbwegs gesicherte Existenz genöffen. Die Aufnahme Minderjähriger ist den Gewerkschaften in einzelnen Landesheilen untersagt, in anderen die Aufnahme weiblicher Personen. Bei uns müssen nicht bloß die Namen der Vorstandsmitglieder, sondern hier und da auch die Liste aller Mitglieder der Behörde eingereicht werden, Leiter dürfen nur dispositionsfähige Personen sein. Das Kassenwesen ist ihnen durch die Versicherungsgeseze, die ein besonderes behördliches Aufsichtsgesez stipulieren, unmöglich gemacht und die Politik durch die verschiedenen Verbindungsverbote unterbunden. Alles das besteht schon längst und unter diesen erschwerenden Bedingungen mußten die Gewerkschaften fortwährend um ihr Dasein kämpfen, da die Regierungen nicht einmal ihre Existenz, geschweige denn gar noch juristische Persönlichkeitsrechte anerkennen wollten. Während des Faschings der Sozialreform ging allerdings das unbeglaubigte Gerücht herum, Herr von Berlepsch wollte eine Gesezvorlage zur Gewährung der Korporationsrechte an eingetragene Berufsvereine ausarbeiten, um das Programm der Februar-erlasse zu erfüllen. Ob eigene Schwäche oder der Widerstand der Scharfmacher dieses Bestrebens verhindert haben, sei hier nicht näher untersucht; geschehen ist in dieser Beziehung nicht das Mindeste und die Impotenz des Berlepsch'schen Kurzes überhebt uns auch der Erörterung darüber, was bei einer solchen Vorlage wohl herausgekommen wäre. Die Zwangsinnevorlage, die Hinterlassenschaft des Herrn v. Berlepsch, besagt genug; höchstens, daß die Korporationsrechte für Berufsvereine von noch viel bürokratischeren Eingriffen abhängig gemacht worden wären.

Aber der Vergleich der Situation in Belgien und Deutschland ist für die Arbeiter äußerst lehrreich. Während die belgischen Arbeiter selbst im kapitalistischen Mutterstaat sich einer Koalitionsfreiheit erfreuten, die ihnen das neue Anerkennungsgeesez als ärgste Reaktion erscheinen läßt, werden die deutschen Arbeiter, die unter gleichen Beschränkungen seit Jahrzehnten leben, wie sie in Belgien als Kaufpreis der zivilrechtlichen Anerkennung verlangt werden, durch Antistreib- und Zuchtgeeseze in ihrer Existenz bedroht; statt Anerkennung offeriert ihnen der Klassenstaat Unterdrückungsmaßnahmen. „Schwerste Strafe Demjenigen, der Andere zum Streik anreizt!“ Das ist das neue Programm des Staates der Sozialreform!

Die Unternehmer und das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Die offiziöse Presse, die im Dienste des Unternehmertums steht, fährt fort, in Abrede zu stellen, daß mit dem in Aussicht stehenden „Zuchtgeesez“ das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigt werden soll. Eine Auslassung, welche der bisherigen Praxis des deutschen Unternehmertums in Bezug auf die Koalitionsrechtsbeschränkung geradezu Hohn spricht, bringen die „Berliner Politischen Nachrichten“. Das Blatt schreibt:

„Die Industriellen stehen durchaus auf dem Boden des § 152 der Gewerbeordnung. Wie sie selbst den vollen Werth der durch diese Gesezstelle gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu schätzen wissen, so gönnen sie nicht nur den Arbeitern die freie Vereinigung behufs Besserung ihres Lohnes und ihrer sonstigen Arbeitsbedingungen, sondern sie erkennen in der gesezlichen Sicherung dieses Vereinigungsrechtes auch einen überaus wichtigen und niemals zu beseitigenden kulturellen Fortschritt. Was die Industriellen auf diesem Gebiete erstreben, ist vielmehr nur zweierlei. Sie verlangen, daß dem Koalitionsrecht gegenüber das Vertragsrecht gewahrt bleibt, und daß demzufolge die strenge Innehaltung vertraglicher Verpflichtungen, wie sie sich die Arbeitgeber auch bei wirtschaftlichen Kämpfen angelegen sein lassen, auch seitens der Arbeiter gesichert wird. Schutz gegen Rechts- und Kontraktbruch bei unter Anwendung des Koalitionsrechtes ausbrechenden wirtschaftlichen Kämpfen ist eine Forderung, deren volle Berechtigung und volle Vereinbarkeit mit der Koalitionsfreiheit Niemand ernstlich wird bestreiten können. Die zweite Forderung ist der volle und wirkliche Schutz der Arbeiter bei der Wahl, ob, wann und wo sie arbeiten wollen. Der physische oder moralische Streikzwang ist weder mit der persönlichen Freiheit der Arbeiter, noch mit der Rücksicht auf die Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens vereinbar. Vor diesem Zwange muß das Gesez daher den arbeitswilligen Arbeiter in seinem eigenen wie im Interesse des Gemeinwohles wirksam schützen. Wie das Koalitionsrecht nicht zum Rechtsbruch ausarten darf, wenn es nicht selbst die Art an seine Wurzel legen soll, so ist die notwendige Voraussetzung für die ungehemmte Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit die Bewahrung derselben vor dem Mißbrauche zum Beschränken der Freiheit der Arbeiter, zu arbeiten, wann und wo sie wollen.“

Der Kaiser hat in Dehnhaußen aber ausdrücklich erklärt, daß die Unternehmer vor wirtschaftlich schweren Stunden bewahrt werden sollen, während die Unternehmer es jetzt so darzustellen suchen, als handle es sich nur um den Schutz der Arbeitswilligen. Diese sind geschützt, mehr geschützt, als es Leute, welche kein Solidaritätsgefühl, keine Opferwilligkeit, keine Rücksicht auf ihre in der gleichen Lebenslage befindlichen Nebenmenschen kennen, verdienen. Jeder weitere Schritt, diesen Schutz zu vermehren, ist gleichbedeutend mit einer Einschränkung oder völligen Beseitigung des Koalitionsrechtes. Das steht fest, und das allein soll mit der geplanten Gesezgebung erreicht werden.

Wäre die Sache nicht so widerlich, man müßte lachen, wenn man in einem Organ des deutschen Unternehmertums den Satz findet, daß nicht beschränkt werden soll die „Freiheit der Arbeiter, zu arbeiten wann und wo sie wollen!“ Das soll die Meinung eines Unternehmertums sein, dessen Organisationen in erster Linie den Zweck haben, die Arbeiter, welche mißlieblich sind, an der Ausübung freiwilliger Arbeit zu hindern und den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Die längsten und hartnäckigsten Streiks sind in dem letzten Jahrzehnt von den Arbeitern zur Vertheidigung ihres Vereinsrechtes geführt worden. Wir erinnern nur an die Ausperrung der Tabakarbeiter Hamburgs 1890/91, die erfolgte, weil die Arbeiter sich weigerten, einen Revers zu unterschreiben, nach welchem sie sich zum Austritt aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation verpflichten sollten. In den Jahren 1890 bis 1897 waren von den bei der Generalkommission gemeldeten Streiks 115, die durch die Forderung der Arbeitgeber, daß die Arbeiter aus der Gewerkschaft austreten sollten, entstanden waren. In demselben Zeitraum sind 185 Streiks durch Maßregelung, die zum größten Theile die Leiter der Organisationen betraf, hervorgerufen worden. Diese Ziffern sind sehr unvollständig und besonders fehlt es an jeder Uebersicht darüber, in wie viel Fällen der Forderung der Unternehmer nachgegeben worden ist, ohne daß der Versuch gemacht wurde, das Vereinsrecht zu vertheidigen. Nur wenn man weiß, welche Federn es sind, die sich in den Dienst der Unternehmer stellen, kann man es verstehen, wie eine Zeitung in Deutschland angesichts dieser Thatfachen schreiben kann, die Indu-

striellen wollen das Koalitionsrecht des Arbeiters aufrecht erhalten wissen.

Es kann diese Stellungnahme des Unternehmertums aber weniger verwundern, wenn man in Berücksichtigung zieht, daß die Staatsverwaltung in ihren Betrieben das gesezlich gewährleistete Koalitionsrecht den Arbeitern einfach raubt. Die Dinge sind allgemein bekannt und ist es nicht notwendig, dafür Beweismaterial zu erbringen. Wenn die Unternehmer dann bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter auch noch Weisheit seitens der Behörden finden, so werden sie es als ihr selbstverständliches Recht betrachten, die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht zu bringen. Es fehlt keineswegs an Beispielen, daß diese Weisheit geleistet worden ist. So hat der Bürgermeister von Staffurt in seiner amtlichen Eigenschaft dem Unternehmerverein vom Januar bis Dezember 1890 in einer größeren Zahl von Schriftstücken Mittheilung darüber gemacht, welche Arbeiter von der Arbeit auszuschließen sind. Es sei nur eines dieser Schriftstücke angeführt. Es lautet:

S.-Nr. 2178.

Staffurt, den 5. April 1890.

Ich beehre mich, den Herren Arbeitgebern ergebenst mitzutheilen, daß nachstehende, an dem Streik vom 25. v. M. beteiligte Personen am Montag, den 7. d. M., aus der Arbeit seitens der Firma C. Bennede, Feder & Co. entlassen werden, und zwar:

Karl Gress, Albert Braun, Karl Lenbohd, Konstantin Spichalski, August Miezner und Josef Polazel.
Der Bürgermeister
Reinhard.

Diesem Schriftstück ging ein vom 13. März 1890 datirtes voraus, in welchem mitgetheilt wird, daß bezeichnete Arbeiter in keinen Betrieb eingestellt werden sollen.

Es scheint fast, als wenn einzelne Amtspersonen gar kein Unrecht darin erblicken, wenn sie die amtlichen Urkunden, die Arbeiterorganisationen betreffend, den Unternehmern vorlegen. So schrieb der Amtsvorsteher in Dötmerleben auf die Frage des Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, ob der Firma Reinhardt & Co. in Dötmerleben die Mitgliederliste der dortigen Zahlstelle des Verbandes vorgelegt sei, unter dem 26. Mai 1898 Folgendes:

„Im Verfolg Ihres Schreibens vom 23. d. M. zur gefälligen Kenntnisknahme, daß eine Ausbändigung der Mitgliederliste an die Firma Reinhardt & Co. nicht stattgefunden hat. Ich habe jedem Arbeitgeber, und zwar auf Weisung meiner vorgesetzten Behörde, welcher Einsicht in die Listen zu nehmen wünschte, die Liste in meinem Amtsklokal vorgelegt. Ebenso dem Vorstände des Landwehr-Unterstützungsvereins hier selbst.“

Die Folge dieser Einsichtnahme war die Maßregelung von 14 Mitgliedern der Zahlstelle, die bei der Firma Reinhardt beschäftigt waren.

Die Unternehmervereinigungen sprechen leider ihre Absicht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, nicht immer offen aus. Wo die nöthige Schulung dem Unternehmertum noch fehlt, da wird auch diese Absicht unverhüllt zu erkennen gegeben. So geschah es bei der am 20. Februar 1898 erfolgten Gründung eines Arbeitgeberbundes für die Baugewerbe zu Pritz, Kreis Priphe, Bahn, Neumark und Umgegend. Die Mitglieder des Verbandes sollten sich hauptsächlich durch Statut verpflichten, „Gesellen, welche dem Zentralverband Hamburg, sowie ähnlichen Verbänden angehören, welche nur sozialdemokratische Tendenzen verfolgen, nicht mehr zu beschäftigen.“

Würden die Zusammenkünfte der Unternehmer in derselben Öffentlichkeit stattfinden, wie die der Arbeiter, so würde täglich der Beweis erbracht werden, daß der Zweck dieser Vereinigung in erster Linie auf die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinausgeht. Wozu die Heuchelei bei Dingen, die offenes Geheimniß sind?

Und wie steht es mit der Freiheit der Arbeiter, zu arbeiten, wann und wo sie wollen? Auch hier einige Beispiele durch Wiedergabe folgender Schriftstücke, die in verschiedenen Arbeiterblättern veröffentlicht sind:

Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete.

Hannover, den 12. Juni 1891.

Wir beehren uns, Ihnen zur gefl. Nachachtung die Liste derjenigen Personen zu übersenden, welche von dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller angehörenden Bezirksverbänden und von einigen mit uns im Kartell stehenden größeren Be-

trieben „als Bauernb von der Einstellung auszufällende Agitatoren“ bezeichnet sind.

Mit Hochachtung

Der Vorstand.

B. Röring, Vorsitzender.

Es folgen die Namen von 90 Arbeitern.

Güstrow, den 24. September 1894.

An

M. M.!

Herreichen Ihnen nachfolgend ergebnis das Verzeichnis der von uns wegen Streiks entlassenen Arbeiter und zeichnen

Hochachtungsvoll

Mecklenburgische Waggonfabrik, Aktiengesellschaft.

Hier werden 129 Arbeiter namentlich, unter Angabe der Branche, bezeichnet.

Vereinigung Sächsischer Spinnerlei-Besitzer.

Chemnitz, den 25. März 1898.

Herr

Wir nehmen Bezug auf unsere Mittheilung von vorgestern und behändigen Ihnen hiermit ein Verzeichnis der in der Baumwollweberei Mittweida kontraktbrüchig gewordenen Arbeiter, mit dem Ersuchen, dieselben nicht in Arbeit zu nehmen.

Hochachtungsvoll

Vereinigung Sächsischer Spinnerlei-Besitzer.

Diesem Schriftstück sind die Namen von 340 Arbeitern und Arbeiterinnen beigelegt.

Diese aus verschiedenen Jahren, Bezirken und Berufen stammenden, die wirtschaftliche Existenz der bezeichneten Arbeiter vernichtenden Zirkulare zeigen, was die deutschen Unternehmer von dem Schutze der freiwilligen Ausübung der Arbeit halten.

Lüge, nichts als Lüge ist es, wenn heute erklärt wird, den Arbeitern solle das Koalitionsrecht erhalten bleiben. Die vorstehend geschilderten Thatsachen beweisen das Gegentheil. Wenn das Unternehmertum wenigstens so ehrlich wäre, offen auszusprechen, daß es ihm darauf ankommt, die Organisationen der Arbeiter und das Koalitionsrecht zu vernichten! In Deutschland aber scheint es zum guten Ton zu gehören, mit der Brutalität die Heuchelei zu verbinden. „Corresp.-Bl.“

Gewerkschaftskartelle und Streikversicherung in England.

Wenn die spezifischen Aufgaben der Gewerkschaften, d. h. diejenigen Aufgaben, die ihnen aus ihrer Eigenschaft als gewerkschaftliche Schutzverbände der Arbeiter unmittelbar erwachsen, in allen Ländern moderner Entwicklung prinzipiell die gleichen sind, so sind die Probleme der Bewegung in den einzelnen Ländern doch noch immer recht von einander verschieden. Die Unterschiede in der Natur und Geschichte der Gesetzgebungs- und Verwaltungseinrichtungen dieser Länder ebenso wie die Unterschiede in der Natur und Geschichte ihrer Gewerkschaftsbewegung haben es mit sich gebracht, daß bestimmte Fragen der Bewegung in dem einen Lande früher oder später entschieden wurden, als in dem anderen, und bewirken noch heute, daß sich gewisse Fragen in dem einen Lande in einem anderen Lichte präzisieren als anderwärts.

Wenn z. B. jüngst auf dem Kongresse des sogenannten Marxistischen Flügels der französischen Gewerkschaften eigentliche Gewerkschaftsfragen fast gar nicht verhandelt wurden, wohl aber alle möglichen Gesetzesvorschläge, darunter die Forderung von Zwangsgewerkschaften, so ist das nicht nur, wie einige Berichterstatter mit Recht hervorhoben, eine Folge der noch geringen Ansbekanntheit und Kraft der französischen Gewerkschaftsbewegung, sondern überhaupt ihrer geschichtlichen Entwicklung. An ihrer Wiege stand die politische Partei, die Mehrheit der französischen Gewerkschaften sind Kinder der politischen Bewegung. In einer Zeit entstanden wo die demokratischen Rechte Bezug auf Gemeinde-, Bezirks- und Nationalvertretung schon erkämpft waren, sind sie von Hause aus daran gewöhnt worden, Forderung und Begünstigung ihrer Klienten von Staat und Gemeinde zu verlangen und gelegentlich auch zu erlangen, mehr, ihnen Vorteile zu verschaffen, als zu leisten. Darin aber haben sie ständige Konkurrenten in den Berufspolitikern und den politischen Vereinen, und so haben sie Berufsbereine nur geringe, und vor allem wenig dauernde Anziehungskraft auf die Arbeiter aus. Die Reaktion gegen diese Vernachlässigung der eigentlichen gewerkschaftlichen zu Gunsten der politischen Thätigkeit sind die mit dem Kultus des „Generalstreiks“ ins andere Extrem verfallenden sog. allernationalen Syndikate.

Die ganz andere Natur der englischen Gewerkschaftsbewegung kennzeichnet sich am besten dadurch, daß, während auf dem erwähnten französischen Kongresse kurzweg verlangt wurde, daß Staat und Gemeinden bei Verdingung von Arbeiten die Zahlung solcher Mindestlöhne vorschreiben sollen wie sie die Gewerkschaften der betreffenden Distrikte bestimmen, die englischen Gewerkschaftler die Vorschrift der Zahlung „gerechter Löhne“ so auffassen, daß Zahlung der von den Gewerkschaften mindestens bei einem Theil der Unternehmer schon erlängten Lohnsätze ausbezahlt wird. Staat und Gemeinde sollen die Gewerkschaftsthätigkeit ergänzen, nicht ersetzen. Nur für die auf der untersten Sprosse der Leiter stehenden „ungelernten“ Arbeiter wird behördliche Festsetzung bestimmter Minimallohne verlangt.

In dieser Auffassung spiegelt sich ein gutes Stück der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung wieder. Sie ist aufgewachsen und erstarkt nach dem Fehlschlage einer großen politischen radikalen Arbeiterbewegung — sie hat sozusagen in ihrer Jugend jene zu Grabe tragen sehen, und sie ist eine Macht geworden, ehe noch die Arbeiter in Staats- und Gemeinde-Angelegenheiten politisch mitzubestimmen hatten.

Um so merkwürdiger, und doch wieder erklärlich ist es, daß die englischen Gewerkschaften wohl für politische Zwecke eine Zentralbehörde haben, nicht aber für gewerkschaftliche Aufgaben. Das parlamentarische Gewerkschaftskomitee ist, wie schon sein Titel sagt, in erster Reihe dazu da, die Interessen und Forderungen der Gewerkschaften dem Parlament gegenüber wahrzunehmen, und daneben werden ihm von den Gewerkschaftskongressen gelegentlich bestimmte Geschäfte übertragen oder wird seine Hilfe in Ausnahmefällen für die Veranstaltung von Selbstaufstellungen und dergleichen in Anspruch genommen. Aber weder verfügt es (von den Kosten für seine Geschäftsleitung abgesehen) über eigene Fonds, noch kann es aus eigener Vollmacht Steuern aus schreiben. Unter diesen Umständen kommt seine Hilfe denn auch gewöhnlich zu spät.

Die Bestrebungen, in dieser Hinsicht Abhilfe zu schaffen, sind den Lesern des „Vorwärts“ bekannt. Seit Jahren wird auf die Schaffung eines großen allgemeinen Gewerkschafts-Verbandes oder Kartells hingearbeitet, das die Aufgaben einer Streit-Versicherungsanstalt, einer Zentral-Widerstandskasse erfüllen soll. Es wurde seiner Zeit an dieser Stelle von dem im Frühjahr in Manchester abgehaltenen Konferenz berichtet, die sich im Prinzip für das von einigen Redakteuren des sozialistischen Wochenblattes „Clarion“ ausgearbeitete Versicherungsprojekt aussprach — ein Plan, nach dem für jedes Mitglied der beteiligten Gewerkschaften jährlich bis zu 26 Schillinge (6 Pence pro Woche) an die Zentralkasse abgeführt werden sollte und diese somit bei der vorausgesetzten starken Beteiligung sehr bald in Besitz eines mächtigen Fonds gelangen mußte. Indes es hat sich herausgestellt, daß die meisten Gewerkschaftsmitglieder und Sekretäre, die jene Konferenz besuchten, dort nur ihre eigene Meinung, aber nicht die ihrer Organisation vertraten. Auf dem in Bristol abgehaltenen allgemeinen Gewerkschaftskongresse zeigte sich für das „Clarion“-Projekt im Ganzen wenig Sympathie. Ebenso wenig mochte sich der Kongress jedoch für ein der andern ihm unterbreitetes Projekt entscheiden, und so hat er sich damit aus der Klemme geholfen, daß er die Veranstaltung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses beschloß, der sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen und in der einen oder andern Weise Beschluß fassen soll. Dieser Kongress wird im kommenden Januar stattfinden.

Welches Resultat er voraussichtlich haben wird, läßt sich schwer sagen. Es ist möglich, daß es auf ihm zu keiner Mehrheit für irgend einen bestimmten Vorschlag kommt, und es ist ferner möglich, daß irgend ein Vorschlag zwar die Mehrheit erhält, aber von den Gewerkschaften nicht ratifiziert wird. Die Erfahrung hat oft genug gezeigt, daß, was auf dem Papier am leichtesten scheint, in der Praxis den größten Schwierigkeiten begegnet.

In der Probe-Hummer des „Trade-Unionist“, eines den Gewerkschafts-Interessen bestimmten neuen Wochenblattes, führt Alexander Willkie, der Sekretär der englischen Schiffszimmerer-Gewerkschaft, einige sehr interessante Zahlen zur Beurteilung des Rückversicherung-Problems vor. Willkie war Vorsitzender einer Kommission, die im Auftrage des vorjährigen Gewerkschaftskongresses einen Versicherungs- bezw. Kartellierungsplan ausgearbeitet hatte. Danach sollten für jedes Mitglied der dem Kartellverband beigelegten Gewerkschaft dem Verband jährlich rund zwei Schillinge zugeführt werden, wofür derselbe im Streitfalle vom Verband 5 Schillinge pro Woche gezahlt werden sollten, als Ergänzung der ihm von

seiner Gewerkschaft direkt zukommenden Streikunterstützung. Das war als auf der einen Seite zu zahlm und auf der anderen auch finanztechnisch unburchar hingestellt worden, der Beitrag sei für die versprochene Leistung viel zu niedrig. In Antwort hierauf zeigt nun Willkie an der Hand von 18 der bekanntesten englischen Gewerkschaften — und das ist in der That bemerkenswerth —, daß in den letzten 15 Jahren bei zwei Drittel von ihnen auf jede 5 Schillinge, die sie in Streitfällen wöchentlich an ihre Mitglieder gezahlt haben, durchschnittlich ein Jahresbeitrag pro Mitglied von noch unter 1 Schilling entfällt (in seiner eigenen Gewerkschaft war der Betrag nur 3/4 Pence), während nur bei einer Gewerkschaft — eine Tagelöhner-Union — die Steuer proportionell 2 Schilling überstieg. Aber diese Gewerkschaft ist jung, und die Streikunterstützung sei praktisch Arbeitslosen-Unterstützung.

Indes ist bei jedem Kartellverband die finanztechnische Solidität abhängig von der Verwaltungstechnik. Treffend führt Willkie aus, daß die Hauptschwierigkeit darin liege, die Selbstbestimmung der einzelnen Glieder mit den Volksmassen in Einklang zu bringen, die dem Zentralverband zustehen müssen, wenn er irgendwie leistungsfähig sein soll. Sollte die Zentralkasse den einzelnen Organisationen das sein, was diese ihren Mitgliedern sind, so müßten sie ihr auch ähnliche Rechte einräumen, wie sie sie gegenüber jenen beanspruchen. Aber gewöhnlich seien die Organisationen sehr schnell dabei, aus einem Verband auszuschleiden, sobald derselbe ihrem Willen nicht Folge leiste. Es empfehle sich daher, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzugehen. Vorerst müsse das Institut mehr als Vermittler zwischen den verschiedenen Organisationen auftreten und seine finanziellen Verpflichtungen müßten mindestens in der ersten Zeit, bis es größere Erfahrungen gesammelt, beschränkt bleiben.

So der Führer einer der solidesten englischen Gewerkschaften. Zu ziemlich geringem Resultat ist eine Kommission gekommen, die der Londoner Gewerkschaftsrath mit der Erörterung der Föderationsfrage betraut hatte, und die vor einigen Tagen ihren Bericht publiziert hat. Sie verwirft alle bis jetzt vorgeschlagenen Pläne als viel zu kompliziert; alle laufen sie nach ihr „auf den Ruin hinaus, weil sie vollkommen zu sein wünschen“. Hauptbedingung eines lebensfähigen Planes sei: 1. er müsse auf den ersten Blick jedem Gewerkschaftler verständlich sein und 2. müsse er darauf gerichtet sein, die Vollkommenheit im Wachstum zu erlangen. Gleich mit der Bildung einer Kriegskasse zu beginnen, sei verfehlt, erst solle man die Organisation schaffen: einen Föderativrath, der von den nach Industrien gruppierten Gewerkschaften zu wählen wäre und das Recht erhielte, gegebenenfalls Extrasteuern für Unterstützungszwecke auszusprechen. Im Allgemeinen aber solle er vorläufig als Schlichtamt für Zwiste zwischen den Gewerkschaften und Berufen und als Agitationskomitee fungieren, wofür ihm die föderierten Organisationen pro Mitglied einen Farthing (1/4 S) pro Woche zu zahlen hätten. Die Kommission schlägt vor, in London einen Versuch mit einer solchen Organisation zu machen.

Der deutsche Leser wird in letzterem Vorschlag leicht einen alten Bekannten wieder erkennen und sich wundern, daß so etwas in der Heimath des Gewerkschaftswesens neu sein soll. Aber der Plan lokaler Gewerkschaftskartelle ist hier so wenig neu, wie anderwärts. Er hat nur das bekannte Schicksal erlebt, von Zeit zu Zeit aufzutauhen, versucht zu werden, nach Verlauf etlicher Jahre wieder aufgegeben und dann vergessen zu werden, bis sich eines Tages wieder Stimmung für ihn einstellt. Auf dem kürzlich abgehaltenen Jahreskongress des nun seit acht Jahren bestehenden großen Maschinen- und Schiffbau-Industrie-Verbandes, der den Gedanken der Gewerkschafts-Föderation wenigstens für die Industrie, nach der er sich nennt, in hohem Grade verwirklicht hat, ward natürlich auch der Plan der allgemeinen nationalen Föderation erörtert. Da ward von einer ganzen Reihe lokaler Gewerkschaftskartelle erzählt und festgestellt, daß nicht eines sich als dauernder Erfolg erweisen habe. Alle seien an der Unmöglichkeit gescheitert, die gegenseitige finanzielle Gastbarkeit mit der Selbstbestimmung zu vereinigen. Der Kongress nahm demgemäß einen Antrag an, der sich für die Föderation verwandter Gewerbe ausspricht, bei der aber jede Organisation ihre finanziellen Verpflichtungen selbst zu besorgen habe. Was solle daneben für außergewöhnliche Zwecke ein Zentralfonds gebildet werden, zu dem jeder Verein einen seiner Mitgliederzahl proportionellen Beitrag zahle — etwa einen Schilling im Jahr, was für diesen Verband allein jährlich 20,000 Pfund Sterling bedeuten würde.

Nach alledem ist es nicht wahrscheinlich, daß die Januartagung einem auf den ersten Blick großartig erscheinenden Plan zustimmen wird. Aber bei der Stärke, welche die englische Gewerkschaftsbewegung erlangt hat, würde selbst eine mäßige Zusammenfassung der Kräfte schon ein Schritt von großer Bedeutung sein.

Aus Oesterreich.

Wien, den 28. Oktober.

In unserem letzten Briefe haben wir von einem brutalen Gewaltakte der ungarischen Regierung berichtet, welche 20 Bäckergesellen auswich, weil dieselben an einer Versammlung Theil nahmen, in welcher über die Nothwendigkeit des Arbeiterstreikes verhandelt wurde. Dieser Gewaltakt wird überboten von einem Einbruch der Budapest Polizei, welcher an Frechheit und brutaler Gewaltthätigkeit Alles übertrifft, was diese „würdige“ Körperlichkeit selbst heuer im Frühjahre im „geistigen“ Kampfe gegen die Organisationsbestrebungen des ungarischen Proletariats geleistet hat. Diese sogenannte Behörde hat die Redaktion des Buchdruckerorgans „Typographia“ buchstäblich ausgeraubt, bei dem Redakteur und bei zwei Rechtsanwälten, bei denen dem Blatte gehörige Gelber deponirt waren, Hausdurchsuchungen vorgenommen und gegen 8000 fl. weggeschleppt. Als Vorwand für diese Gewaltthat wird angegeben, der Buchdruckerverein hätte, um die berüchtigte Ministerialverordnung, die das Sammeln von Geldern zu Parteizwecken verbietet, zu umgehen, den Abonnementspreis erhöht. Der Erlös aus den vermehrten Abonnements-einnahmen sei für Vereinszwecke, insbesondere dafür bestimmt gewesen, den Restbetrag der bei dem Streik in Wien und Frankreich aufgenommenen Gelder zu begleichen. Die Unverschämtheit dieser Begründung streift an das Groteske. Denn selbst wenn es wahr und erwiesen wäre, daß der Buchdruckerverein den Mehrerlös der Abonnements-einnahmen der „Typographia“ für die bezeichneten Zwecke verwenden wollte (die Budapest Polizei nimmt es bloß an, ohne einen Beweis dafür zu haben), hätte dies mit dem berechtigten Sammelverbot gar nichts zu thun, denn die Ministerialverordnung richtet sich nur gegen das Sammeln für Parteizwecke, aber nicht gegen Aufwendungen, die irgend ein Blatt für einen Verein leisten will. Eine Uebereinstimmung zwischen diesen beiden grundverschiedenen Vorgängen besteht auch dann nicht, wenn die Pesther Buchdrucker wirklich durch den erhöhten Bezugspreis ihres Fachblattes den Ausfall an Sammlungsbeiträgen hereinbringen wollten. Doch vergessen wir nicht, daß die Pesther Polizei unter dem Vorwand, es seien Sammelgelder, auch schon Spareinlagen, die ein Arbeiter für sein Kind gemacht hatte, gestohlen hat; warum nicht zur Abwechslung einmal wieder Abonnements-gelder? Das Sammelverbot ist ja nichts Anderes als der Freibrief für die Polizei, die Arbeitervereine und die einzelnen Arbeiter auszurauben, um auf diese Weise jede organisatorische Thätigkeit unmöglich zu machen. Man hat in allen Ländern alle möglichen Gewaltmittel angewendet, die gewerkschaftliche und politische Bewegung des Proletariats zu hemmen, aber der behörbliche Diebstahl als Mittel zur Behauptung von Sicherheit und Ordnung, diese Erfindung ist denn doch dem müsterhaften ungarischen Verfassungsstaate vorbehalten geblieben.

Der neue Handelsminister hat seine erste „sozialpolitische“ That gesetzt, und entspricht diese ganz seiner reaktionären Gesinnung. Baron Dipauli hat, wie die amtliche „Wiener Zeitung“ berichtet, im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren einen Erlaß an die Landesbehörden gerichtet, durch den diese angewiesen wurden, dafür Sorge zu tragen, daß angeichts der fortwährenden Klagen aus dem Handelsstande über das Zunehmen des Hausirwesens die Gewerbebehörden das Hausirgesetz aufs strengste handhaben. Zugleich wurden die Landesbehörden eingeladen, dahin zu wirken, daß von der Gewerbebehörden im § 60, Absatz 3 der Gewerbeordnung eingeräumten Ermächtigung, in ihrem Bezirke ansässigen kleinen Gewerbsleuten das Feilbieten ihrer Erzeugnisse innerhalb der Gemeinde von Haus zu Haus zu gestatten, ein möglichst eingeschränkter Gebrauch gemacht und eine solche Bewilligung (Ausdragerchein) stets nur bei Vorhandensein besonders rücksichtswürdiger Gründe ausgefertigt werde. Wir hätten gar nicht geglaubt, daß man ein Gesetz streng oder nicht streng handhaben darf, sondern haben gemeint, daß man ein Gesetz gerecht handhaben müsse. Wenn Klagen der Konkurrenten ein Grund sind, daß der Staat eine bestimmte Betriebsart verbiete, so dürfte der Staat ebensogut die Fabriken aufheben, denn der Handwerkerstand klagt über sie ebenso wie der Handelsstand über die Hausirer. Mit dem Erlaß gibt offenbar Herr v. Dipauli die Stätte ab, in welchem Geiste er das Handelsministerium zu leiten gedenkt.

Der Ausstand der Waffenfabriksarbeiter in Steyr ist beigelegt.

Die dritte nordbayerische Metallarbeiter-Konferenz.

Welche am 16. Oktober im Café Merl in Nürnberg stattfand, war von 78 Delegirten, die 17 Ortschaften vertraten, besucht. Sie wurde um 9 1/2 Uhr von dem Vorsitzenden der Agitationskommission, Högnner, eröffnet. Zunächst gedachte der Vorsitzende der Verdienste des kurz nach der vorjährigen Konferenz plötzlich verstorbenen Kollegen Karl Grillenberger. Die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Sigen. Die hierauf vorgenommene Bureauwahl ergab folgendes Resultat: Zu Vorsitzenden werden Kraus und Högnner, zu Schriftführern Vohbauer und Köhling und zu Führern der Rednerliste Müller und Seidel bestimmt.

Högnner gibt zunächst einen längeren Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission im verfloßenen Geschäftsjahre. (Vielleicht werden wir diesen Bericht sowie einen ausführlichen Kasienbericht in einem besonderen Artikel behandeln.) Hervorzuheben wollen wir Folgendes: Eingeladen sind 18 Gehege um Referenten, stattgefunden haben 26 Versammlungen. Zu verzeichnen waren 76 Einläufe von Karten und Briefen, 3 Telegramme, 140 Ausgänge von Briefen und Karten, 3 Telegramme, 3 Pakete und 1 Postanweisung.

Sitzungen haben 9 stattgefunden. Aufgelöst sind die Verwaltungsjstellen in Burgarrnbach, Mosenberg und Ansbach. In Burgarrnbach war der Mangel an Mitgliedern Ursache der Auflösung, die Bezirkskommission in Mosenberg sind bereits in der „Met.-Ztg.“ bekannt gegeben, und in Ansbach fehlt es an geeigneten Personen, die die Verwaltung übernehmen könnten. Der Neugründung von Verwaltungsjstellen und Sektionschen stand die Kommission skeptisch gegenüber, trotzdem sind Versuche gemacht worden, in Ulmberg und in Hof Verbindungen anzuknüpfen. In Ulmberg scheiterte die Sache daran, daß bis jetzt Niemand die Verwaltung übernehmen kann, ohne fürchten zu müssen, gemagregelt zu werden. In Hof ist es ebenfalls nicht gelungen, Verbindungen anzuknüpfen. Ein diesbezügliches Schreiben an den Vorsitzenden des dortigen Kartells ist bis heute unbeantwortet geblieben.

Hierauf gibt Köhling den Kasienbericht. Im verfloßenen Geschäftsjahre hatten wir zu verzeichnen: Einnahme M 378,97, Ausgabe M 240,52, bleibt Kasienbestand M 138,45.

Zu der hierauf folgenden Diskussion berichtet zunächst Köhler-Roth über die dortige Lohnbewegung. Der Streik, der dort von unorganisierten Kollegen in Szene gesetzt wurde, sei von den organisierten mit Erfolg durchgeföhrt, die Zustände haben sich nach dem Streik gebessert. Breder, der als Mitglied der Agitationskommission den Streik schlichtete, beschwert sich darüber, daß der Bericht, den er von den Köhler-Kollegen erhalten, sehr lüdenhaft gewesen sei. Redner er sucht die Kollegen, bei derartigen Berichten etwas objektiver zu verfahren. Es berichten jedoch die Delegirten über den Stand der Organisation an ihren Orten. Erwähnt wird hierbei die Krise im Schlägergewerbe von den Schwabacher und Fürther Kollegen. Büchlein-Schweinfurt berichtet über die Krise in der Angelfabrikation. Sonst ist im Großen und Ganzen ein Fortschritt zu verzeichnen.

Zum 2. Punkt, Arbeitslosenunterstützung, erhält Genosse Segny das Wort. Redner ist der Ansicht, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung die nächste Generalversammlung beschäftigen sollte. Es haben in der letzten Zeit verschiedene Versammlungen sich mit der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit beschäftigt. In Berlin und Leipzig beschäftigte man sich damit, dieses Problem örtlich zu regeln. Redner habe von einer örtlichen Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgerathen. In Nr. 37 der „Met.-Ztg.“ ist ein sehr instruktiver Artikel des Reichstagsabgeordneten v. Elm über diese Angelegenheit enthalten. Der Polzarbeiterverband und der Zentralverband der Tabalarbeiter haben in ihren Generalversammlungen sich mit dieser Frage beschäftigt. Die Einwände gegen die Arbeitslosenunterstützung sind nicht mehr so zahlreich wie früher. Prinzipielle Bedenken werden ernsthaft nicht mehr erhoben.

Es sind meistens praktische Erwägungen, welche die Gegner leiten. Es fallen die mannigfaltigsten Einwände. Es sei, so heißt es, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein gefährliches Experiment, die Metallindustrie werde immer mehr Saisonarbeit, wie die Fahrradindustrie und das Schlägergewerbe beweise. Die Beiträge müßten in einer Höhe erhoben werden, daß wir einen großen Theil der Mitglieder verlieren würden. Wo ein Bedürfnis für die Arbeitslosenunterstützung bestehe, mögen die Kollegen durch Einführung einer Ortsunterstützung Abhilfe schaffen.

Daß die Metallindustrie mehr Saisonarbeit wird, trifft nur theilweise zu. Die Fahrradindustrie hat von Anbeginn an Perioden flauen Geschäftsganges zu verzeichnen gehabt, sie fallen auf die Sommermonate. Die jetzige Krise ist die Folge zügelloser Ueberproduktion, die Krise ist von Jedermann vorausgesehen worden. Solche Industrien bieten den geeigneten Boden für Kartelle, damit eine gewisse Ordnung in die Produktion hineinkommt. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Schlägergewerbe. Hervorgerufen durch die Dinglebill wurde die Krise durch den spanisch-amerikanischen Krieg gesteigert. Allein so wohl von der Fahrradindustrie als auch von dem Schlägergewerbe seien die Arbeitslosen Kräfte zum großen Theil in der Maschinenindustrie aufgenommen. Die Metallindustrie umfaßt eine große Anzahl von Berufen, es können deshalb partielle Krisen nicht in Betracht gezogen werden. Eine allgemeine Krise könnte nur unter ganz ungewöhnlichen Verhältnissen eintreten. Der Umstand, daß der W.-B. alle Branchen umfaßt, ist ein großer Vortheil, die Risiken vertheilen sich. Kleine Organisationen können allerdings eine Krise schwer überwinden, weil in ihrer Organisation nur die Kollegen einer speziellen Berufsart vereinigt sind und diese dann alle der Krise ausgesetzt sind. Aus demselben Grunde ist aber auch ein dauernder Erfolg bei der örtlichen Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht zu erwarten. Gerade nach der Großstadt zieht bei einer Geschäftskodung der Zug der Arbeitslosen. In den großen Industriezentren hat der Arbeitslose Einrichtungen wie Asyle für Obdachlose, Volksschulen, die zwar an und für sich nicht viel taugen, die aber für den, welcher gar nichts heißt, doch etwas bedeuten. Wenn die Arbeitslosenunterstützung für ganz Deutschland besteht, hat es keine Bedeutung, ob die Unterstützung in Berlin oder Zittendorf geleistet wird.

Es ist der Gedanke ausgesprochen, Krankengeld zu zahlen, um die Mitglieder an den Verband zu fesseln. Redner stehe dem Gedanken sympathisch gegenüber. Die Arbeitslosenunterstützung aber soll nicht nur die Mitglieder an den Verband fetten, sondern die Unterstützung soll ein Kampfmittel sein. Durch die Unterstützung ist der Arbeitslose nicht zur Lohnrückerei gezwungen. Es wird dem Arbeiter das Rückgrat gereicht, wenn das Geschäft flau ist und er weiß, daß er im Falle der Arbeitslosigkeit unterstützt wird. Auch wird der Unternehmer weit vortheilhafter, wenn er weiß, daß der Arbeiter Schutz genießt. Die Arbeitslosenunterstützung soll die Einbegleitung der Genossen in's Lumpenproletariat verhindern, damit der Arbeitslose nicht auf Armenunterstützung, welche die politische Entredung nach sich zieht, angewiesen ist. In diesen Fällen verbiugt die Krankenunterstützung, sie kann nur eintreten, wenn der Arzt die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt.

Wir müssen eine staatliche und kommunale Fürsorge für Arbeitslose ablehnen. Ist die Arbeitslosenunterstützung in unseren Händen eine Ergänzung unserer Kampfmittel, dann ist sie in Händen unserer Gegner ein Mittel, uns zu unterdrücken. Gegenüber dem Sonnemann'schen Vorschlag habe ich mich bereits in Braunshweig ausgesprochen. Soll die Arbeitslosenunterstützung den gewollten Zweck erfüllen, so muß sie von Arbeitern organisiert werden, sie muß zentralisiert sein und so ausreichend bemessen, daß sie zum nothdürftigsten Lebensunterhalt ausreicht. Im günstigen Falle wird die

Arbeitslosenunterstützung ein Nothbehelf sein, für Simulanten ist dabei kein Boden.

Wir haben eine Unterstützung von täglich einer Mark in Aussicht genommen, wenn mehr geleistet werden kann, desto besser. Der Hauptvorstand hat sich dieser Auffassung angeschlossen; er befristet, nach einjähriger Karenzzeit 1 M pro Tag zu zahlen und von Jahr zu Jahr den Betrag zu steigern, bis zum Höchstbetrage von 10 M pro Woche. Mit einer Erhöhung des Beitrages von 10 M pro Woche glaubt Redner die Unterstützung riskieren zu können.

Wiederholen müsse er, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht aufgehoben werden darf auf eine Zeit der allgemeinen geschäftlichen Depression. Für die nächsten 2 bis 3 Jahre kann, wenn nicht politische Krisen eintreten, auf einen normalen Geschäftsgang gerechnet werden. Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung zwingen uns auch unsere Konkurrenzorganisationen. Der Hirsch-Dunder'sche Gewerksverein zählt 35.000 Mitglieder, das wäre unmöglich, hätten wir Arbeitslosenunterstützung. Der Verband der Kupferhämde leistet Arbeitslosenunterstützung, ebenso leistet der Formerverband Arbeitslosenunterstützung. Der Verband der Schmiede hat beschlossenen, Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Der Hirsch-Dunder'sche Gewerksverein der Kleinmetalle leistet bereits Arbeitslosenunterstützung. — Obgleich mit Ausnahme der Kupferhämde diese Organisationen sehr wenig leisten, so erweist sich doch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung agitatorisch sehr wirksam.

Noch ist dem Einwande zu begegnen, daß die erforderliche Beitragserhöhung von den Mitgliedern nicht geleistet werden kann. Mit wenig Ausnahmen sind die Verhältnisse in den kleineren Orten nicht viel schlechter als in den großen Städten. Natürlich gibt es Ausnahmen.

Wollen wir unsere soziale Lage heben, dann können wir uns nicht hindern lassen durch jene Genossen, die auf der tiefsten Stufe der sozialen Leiter stehen. Wollen wir warten, bis die unterste Stufe sich organisiert, dann dürfen wir nichts unternehmen. Gätten wir auf die Genossen, die 8—10 M verdienen, mit der Organisation gewartet, wir hätten keine Gewerkschaften. Die Preisstecher der Arbeiterklasse sind die besten bezahlten, mit Erfahrung und Opferwilligkeit ausgestatteten Arbeiter. Man halte nur Umschau. Wo haben die Gewerkschaften am ersten Fuß gefaßt? In den Großstädten. Wo sind die Arbeiter am besten organisiert? Von wo geht also der Fortschritt in der Bewegung aus? Von den Großstädten. Wer bringt die größten Opfer, wer sinit und trachtet vorwärts? Die organisierten Arbeiter der Großstädte.

Ich bestreite, daß die Beitragserhöhung viele Mitglieder veranlassen wird, der Organisation Valed zu sagen. Der Arbeiter rechnet heutzutage. Er hört, was er zahlen soll und vergleicht damit, was ihm geboten wird. Führt er sich einigermassen geschützt gegen Arbeitslosigkeit, das größte Uebel, das ihm begehnen kann, wird er gerne 10 M mehr bezahlen. Es gibt kein besseres Agitationsmittel als Unterstützung, kein besseres Bindemittel, als Arbeitslosenunterstützung.

Zusammenfassend die Frau wird dann der Gewerkschaft freundlicher gegenüberstehen, wenn Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird. Die Frau eines Gewerksvereiners jagt: Ja, mein Mann erhält die Woche 6 M, wenn er keine Arbeit hat. Die früheren Befürchtungen, daß der Verband viele Mitglieder verlieren werde bei Beitragserhöhung, sind nicht eingetroffen. Beweis: jetzt 65.000 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung wird jetzt schon auf Grund des § 20 als Nothstandsunterstützung geleistet. An die Gewerkschaften werden immer höhere Anforderungen herangetragen. Die Unternehmer schließen sich immer enger zusammen, sie vervollständigen ihre Vereinigungen immer mehr und mehr in Zwangsmaßnahmen für den Handwerker, Kartellen, Ringen, Truhs der Großunternehmer. Jetzt geht man daran, den Arbeitsnachweis in die Hände der Unternehmer zu bringen zu dem ausgeprochenen Zweck, ihn als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisationen zu benutzen. Das Koalitionsrecht wird in irgend einer Form neuen Beschränkungen unterworfen werden. Strafen wird es regnen, die Arbeitseinstellung wird erschwert. Die Rechtsprechung wird immer unverständlicher, die Gefängnisse füllen sich.

Das neueste Erkenntnis des Reichsgerichts ist besonders zu beachten, welches lautet: Eine Nötigung liegt vor, wenn mitten in der Arbeit ein Arbeitnehmer erklärt, er wolle nicht weiter arbeiten, wenn ihm nicht ein höherer Lohn bewilligt werde. Und in der Begründung dieses Urtheils heißt es, daß Gefängnisstrafen für die Dauer eines Monats bis zu einem Jahr verhängt werden können wegen solcher Nötigung, ganz gleich, ob die Nötigung ausgeübt wurde von Einzelnen, oder von einer Koalition, oder von deren Vertretern. Die Angriffe gegen die Arbeiterorganisationen werden immer gewaltthätiger und immer allgemeiner. Wir brauchen Mittel zur Kräftigung, zur Stärkung unserer Bewegung, dahin rechne ich die Arbeitslosenunterstützung.

In der darauffolgenden Diskussion sprechen sich nur die Kollegen Herting, Düntsch, Gerhard und Kraus gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Letzterer mit dem Vorbehalt, daß er glaube, daß dem Projekt die rechnerische Unterlage fehle; könne ihm nachgewiesen werden, daß bei einer mäßigen Erhöhung der Beiträge die Unterstützung geleistet werden könne, so sei er dafür. Der Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Reichel, widerlegt mit reichlichem Zahlenmaterial die Behauptungen des Kollegen Kraus. Sonst sprechen noch für Arbeitslosenunterstützung die Kollegen Büchlein, Otterich-May, Köhling, Breder, Scherm.

Es wird dann folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heutige Konferenz spricht sich prinzipiell für Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus und beauftragt den Verbandsvorstand, der nächsten Generalversammlung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten.“

Hierauf wird zur Neuwahl der Agitationskommission geschritten. Der Sitz derselben bleibt Nürnberg. Als Mitglieder der Kommission werden gewählt: Haffel, Högnner, Breder, Keitner und Köhling. Als Ersatzleute: Otterich-May, Heydrich und Kämmerle.

Als Ort der nächstjährigen Konferenz wird Nürnberg bestimmt.

Der Vorsitzende Högnner fragt an, wie sich die Konferenz zu der Frage einer Statistik über die Licht- und sanitären Verhältnisse in den Metallindustriebetrieben stellt. Die Angelegenheit wurde der neugewählten Agitationskommission überlassen.

Hassel berichtet über den Stand der Unterhandlungen mit dem Metallindustriellenverband. (Darüber wird näherer Bericht später folgen.)

Zum Schluss stattete der Vorsitzende Höpner den Delegierten den Dank für ihr zahlreiches Erscheinen ab und schloß die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Metallarbeiterverband.

Die Schriftführer: G. Rothbauer, G. Höpning.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher ersuchen wir die Verwaltungen und Bevollmächtigten, uns bei Zeiten die Hauptnummern dieser Bücher, die genauen Personalien (Beruf, Vor- und Nachname, Ort, Tag und Jahr der Geburt) und den Tag und Ort des Eintritts der Inhaber mitzutheilen, damit wir ihnen rechtzeitig, auf alle Fälle noch vor Schluss dieses Jahres die Ersatz- (zweiten) Bücher zusenden können. Die Ausfertigung der zweiten Bücher ist Sache der Ortsverwaltungen und bei derselben darauf zu achten, daß alle im alten Buch enthaltenen Eintragungen auch in das neue übertragen werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten Nr.

- 65485 des Metallschlägers Michael Hofmann, geb. zu Fürth am 6. Juni 1876.
- 72263 des Schlossers Wilhelm Busse, geb. zu Wartha am 28. August 1876.
- 148027 des Formers Karl Supp, geb. zu Regensburg am 4. April 1869.
- 150605 des Hilfsarbeiters Gottilb Schnipp, geb. zu Rietz am 27. August 1858.
- 245864 des Formers Otto Hinterberger geb. zu Muthlangen am 31. Januar 1881.
- 248955 des Formers Ernst Ruhn, geb. zu Meuselwitz am 21. Februar 1881.
- 258181 des Uhrmachers Richard Bäuerle, geb. zu Giltensbach am 23. Januar 1871.

Ausgeschlossen aus dem Verband nach § 3 Abs. 7a des Statuts wird auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rostock:

der Hilfsarbeiter Karl Krüger, geb. zu Rostock am 26. Juni 1878, B. Nr. 266 361, wegen Streikbruchs gelegentlich des Rostocker Streikzeugenstreiks.

Der Schlosser Adolf Wojasch, geb. zu Leer am 23. Januar 1876, B. Nr. 171 778, welcher bei der Verwaltungsstelle Leer das Amt eines Bezirksklassiers bekleidete und ohne mit der Ortsverwaltung abzurechnen von dort abreiste, wird hierdurch aufgefordert, Abrechnung zu legen und sich schriftlich beim Vorstand zu rechtfertigen, da seitens der Verwaltungsstelle Leer sein Ausschluss aus dem Verbands beantragt ist.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, Wojasch im Betretungsfalle anzuhalten und ihm sein Mitgliedsbuch abzunehmen.

Der Former Albert Müller, geb. zu Muggenburg, wird hierdurch ersucht, sein Mitgliedsbuch Nr. 233 403 beim Vorstand unter Einzahlung von 20 J für Porto abzufordern.

Das Gleiche gilt für den Schlosser Josef Fritsch, geb. zu München, dessen Mitgliedsbuch und Invalidentarte sich hier befindet.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Osodor Werner, Stuttgart, Heckerstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formen.

Forst (Leipzig). Hier ist in der Gießerei von Herrn Buchholz jun. unter den Formern ein Streit ausgebrochen. Von den 14 im Streit befindlichen Formern gehören 8 dem Metallarbeiter-Verband, 5 dem Zentralverband der Formen an, einer ist unorganisiert. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist folgende: Neben vielen anderen Missständen, welche in der Gießerei genannter Firma herrschen, hat Herr Buchholz eine Strafbestimmung angehängt, in der unter anderem das Liegenlassen oder Wegwerfen von Frühstücks- und Bessenbrömmen (Brot-, Butter- oder Brodüberresten) jedesmal mit 50 J bestraft würde. Wer drei Mal zu spät zur Arbeit kommt, ebenfalls mit 50 J. Nur sagte der Herr nicht, zu welchem Zwecke die Gelder verwendet werden sollen. Die Formen erklärten sich mit der Höhe der Geldstrafe unüberwindlich. Darauf sagte der Herr Buchholz: „Das ist nicht meine Sache, fragt raus, er bekomme Arbeiter.“ Dabei pocht er immer auf Leipzig, weil er mit dem Zentralverband eine Beschäftigungsvereinbarung hat. Von den Arbeitern hat aber bis heute noch keiner unterschrieben. Die Formen genannter Firma stehen alle in Afford; kommen die Leute um 6 Uhr Morgens zur Arbeit, so sind sie oftmals gezwungen zu warten bis die Lageschelle es ihnen erlaubt zu arbeiten. So mangelhaft ist die Beleuchtung, Handlanger sind in so ungenügender Zahl vorhanden, daß sie einer dem andern folgen nicht können, weil er nicht zur Unfähigkeit verdammt sein. Nun wurde am Dienstag gegossen und dabei eine alte Strahlpumpe das erste Mal benutzt. Als der Former Nebel gleich wollte auch zum Ofen laufen, war die Pumpe schon voll. Das Essen langte aber zu diesem Zeitpunkt nicht zu, weil in der Pfanne ein alter Bodenblech und deshalb der Dampf in der Pfanne kleiner war, das Essen wurde also ungenießbar. Beim zweiten Essen wurde der Tisch angeschoben, das Essen wurde kalt, wiederum un-

schüssig. Der Former sollte nun noch 20 M Schadenersatz bezahlen. Auf sein und seiner Kollegen Vorstellung wollte der Chef ihm dann den fünften Theil, das sind 4 M, vergüten. Kollege Nebel wollte aber die Hälfte bezahlt haben. Der Arbeiterausschuß erzielte auch kein anderes Resultat, mit noch einer anderen Kommission verhandelte der Fabrikant nicht mehr. Kollege Nebel wurde gekündigt, er sagte aber, er wolle gleich gehen. Nun kam Herr Buchholz aus dem Komptoir und sagte: „Sie können Alle gehen“, worauf ein Former antwortete: „Ja, wenn wir mit unserer Arbeit fertig sind.“ Am Abend wurde eine Kommission gewählt, welche anderen Tages nochmals verhandeln sollte. Das Resultat war, daß wiederum 2 Mann der Kommission gekündigt wurden. Herr Buchholz verlangte den Arbeiterausschuß. Diejenige erklärte er nun, daß er 8 M bewillige, Nebel müsse aber gleich raus. Sämtliche Formen wollten aber WiederEinstellung des Nebel und der beiden Gefährdigen. Als dies verneint wurde, machten sie ihre Arbeit fertig und verließen die Werkstätte. Zu bemerken ist noch, daß gerade diese drei Formen sich über die Angelegenheiten der Fabrik am meisten ausgesprochen hatten und Herr Buchholz wohl einen Groll gegen sie hatte. Den Metallarbeitern von Forst zur Mahnung, daß sie über solche Sachen nicht so leicht denken sollen, sondern sich der Organisation anschließen, damit sie nicht der Willkür der Unternehmer preisgegeben sind. Hier ist überhaupt eine Laune eingegriffen. Darum den Kollegen zur Mahnung: Treten in die Organisation!

München. Der Streit der Formen und Gießereiarbeiter der Firma Heilbrunner ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet. Die Firma machte den Streikenden folgende Zugeständnisse. 1) Die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit der Formen und derjenigen Hilfsarbeiter, welche schon in Gießereien beschäftigt waren, wird von jetzt ab mit 25 Prozent Zuschlag vergütet, ebenso wurden die Hilfsarbeiter auf 28 J pro Stunde erhöht laut einer nicht eingehaltenen Vereinbarung vom 18. Mai d. J. 2) Jene Hilfsarbeiter, die noch in keiner Gießerei gearbeitet haben, erhalten bei Eintritt 26 J pro Stunde, bekommen jedoch die 25 Prozent für Ueberstunden nicht; für etwaige Sonntagsarbeit dagegen erhalten sie ebenfalls die 25 Proz. Zuschlag. Ferner wurde noch eine Regelung betreffs der Ueberstunden und eine Abmachung betreffs der Besuche um Wohnverhöhung mit der Firma vereinbart. Außerdem versicherte die Firma keine Preisregelungen wegen des vorgekommenen Streiks vorzunehmen. Mit diesen Zugeständnissen gaben sich die Formen zufrieden und es wurde die Arbeit in ihrem vollen Umfange wieder aufgenommen.

Selbstgeher und Gürtler.

Hannberg. Der Streit bei der Metallgüßwarenfabrik Köhlein u. Kraft ist beendet. Aus der von den Arbeitern beanstandeten Arbeitsordnung sind alle Strafbestimmungen entfernt und einige Paragraphen ganz beseitigt worden. Die Betriebsleitung willigte in die Bezeichnung der Betsperrepaufe und läßt Nachmittags Bier in die Fabrik bringen. Bestehende Mängel an Ventilation, Beleuchtung, die Abortverhältnisse zu sollen baldigt geordnet werden, sämtliche Ausständige kommen an ihre früheren Arbeitsplätze.

Metall-Arbeiter.

Zur 1. S. Wir sind gezwungen, die „D. M. A. Z.“ einmal in Anspruch zu nehmen, um die hiesigen Verhältnisse kurz zu schildern. Kommt da vor ein paar Wochen ein junger Kollege zugereist und tritt in einer hiesigen Maschinenfabrik in Arbeit, er bekommt 26 J Stundenlohn. Darob große Entrüstung bei mehreren verheirateten Kollegen, weil sie schon länger dort sind und nicht so viel oder nicht viel mehr haben. Außerdem ist der Kollege noch so „froh“ und agitiert für den D. M. A. Das geht nicht, der Meister wird mit uns Vertrauen gezogen, man ist der Ansicht, daß der „Fremde“ so bald wie möglich wieder „raus“ muß. Er wird einmal tüchtig angeschauert, er schnauzt zurück. Selbstverständlich — solche „Strohhaufen“ können wir nicht gebrauchen, er kann gehen. Von dieser Fabrik sind drei Mann organisiert. Nun haben wir kein Gewerbegericht, wo der Kollege auf Bezahlung für die acht Tage Kündigung beanspruchen könnte. Und so mußte er eben ohne Vergütung abgehen. Militär- und Kammerscheinern nachzugehen oder dem Alkohol zu fröhnen, dazu haben die Kollegen hier Geld, aber 20 J die Woche für den D. M. A. haben sie nicht. Mag sich jeder Verbandskollege zur Aufgabe machen, wenigstens einen Kollegen im Monat dem Verband zuzuführen.

Salzen. Am 13. Oktober trafen hier sämtliche Formen (5) der Maschinen- und Werkzeugaabrikt Aktiengesellschaft vorm. Ang. Pajßen in den Streit. Der Anlaß war folgender: Ein verheirateter Kollege, Vater von 5 Kindern, erhielt Arbeit zugewiesen, bei der er in Afford höchstens 10 bis 12 M pro Woche verdienen konnte. Gleichzeitig wurde auch die Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ auf 11 Stunden verlängert. Hiermit war der Kollege nicht einverstanden und wurde deshalb beim Meister vorstellig. Derselbe erklärte jedoch, er könne hierbei nichts thun. Um nun der Forderung ihrer Kollegen mehr Nachdruck zu verleihen, erklärten sich die übrigen 4 Kollegen mit ihm solidarisch (der letzte ist zur Zeit krank) und wurden beim Direktor der Fabrik vorstellig. Sie wurden jedoch das erste Mal das zweite Mal abgewiesen mit dem Bemerkten: „Wenn es nicht genug ist, weiß, was er zu thun und zu lassen hat“, und: „Es wird nichts dabei verdient.“ Demzufolge traten die Kollegen nach Fertigstellung der angefangenen Arbeit in den Ausstand. In einer kurz darauf abgehaltenen Mitglieder- und einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung wurde das Vorgehen der Kollegen einstimmig gut geheißen und ihnen thätigste Unterstützung zugesichert. Dem Metallarbeiter-Verband gehören 3, resp. 4, dem Formen-Verband 2 an. Am 21. Oktober ging ein junger Kollege an zu arbeiten, hörte jedoch an anderen Morgen wieder auf. Sowas ist noch kein „Arbeitswandler“ zu verzeichnen. Den ausständigen Kollegen ist es nicht schwer, etwaige Aufträge obiger Fabrik als Streikarbeit zu erkennen, da dieselbe nur oder in der Hauptsache Federfabrikation liefert: Schweißschleifen, Mühlenscheiben, Schweißtransporter usw. Wenn nicht alle Kollegen tragen, werden wir bald den Sieg melden können.

Erzmetzsch. In Anbetracht des kühnen Beschlusses unserer Zahlabende ist es wohl an der Zeit ein etwas

Wort an die hierorts organisierten Kollegen zu richten. Nachdem der Streik in der Erzmetzschauer Maschinenfabrik beendet war, konnte man die Wahrnehmung machen, daß eine Interesseloseigkeit Platz griff. Wenngleich nach dem Streik auch kein Rückgang, eher ein Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen war, so ist es um so bedauerlicher, daß bei einer so starken Organisation die Zahlabende nicht besser besucht werden. Wir glauben, ja wir behaupten, daß verschiedene Uebel in den hiesigen Maschinenfabriken bestehen, wollten sich doch die Kollegen in den Zahlabenden darüber aussprechen, dann wäre es dem Korrespondenten auch möglich, öfters etwas in unserem Fachorgan darüber zu bringen. Aber leider wird von verschiedenen Seiten mit Argumenten sich entschuldigt, daß bei uns die persönlichen Zwistigkeiten den Haupttheil der Zahlabende bilden. Nun, wir halten das einestheils für richtig, andernteils aber müssen auch diese Angelegenheiten erörtert werden, damit klarere und zielbewußtere Köpfe geschaffen werden. Ganz besonders wollen wir auf die am 12. November stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung aufmerksam machen, indem ein Thema gewählt worden ist, das das Interesse aller Kollegen erheischen muß.

Kathenow. Am 16. Oktober tagte im Lokale des Herrn J. Stockisch eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung des D. M. A. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht des Bibliothekars. 2. Zusammenschluß der drei Sektionen, ev. Wahl einer Ortsverwaltung. Zum 1. Punkt ersattete Kollege Resfeldt Bericht. Aus demselben ging hervor, daß die Bibliothek von den Kollegen sehr wenig in Anspruch genommen wird. Zum 2. Punkt erhält Kollege Witkin das Wort. Derselbe betont Eingang seines Vortrages, daß er persönlich, sowie auch noch andere Kollegen für den Zusammenschluß sei. Trotzdem solle aber, wenn sich nicht die übergroße Mehrzahl dafür erkläre, Niemand gezwungen werden. Redner erläuterte dann in großen Zügen die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Arbeiter dazu geführt haben, sich in Organisationen zusammenzuschließen und kommt dann auf den neuesten Kurs (Kaiserrede in Deuhhausen) zu sprechen. Redner erörtert die Gefahren, die den Arbeiterkoalitionen aus der angeführten Buchdruckvorlage drohen und daß dem gegenüber die Organisationen alle Veranlassung hätten, sich immer enger zusammenzuschließen. Des Weiteren erläuterte Redner die großen Vortheile, die sich aus dem Zusammenschluß der drei Sektionen ergeben würden und ist der Ansicht: Wenn auch die Interessen der verschiedenen Kategorien der hiesigen Industrie mitunter verschieden sein mögen, so finde sich nach dem Beispiel anderer Orte doch ein Weg, diese verschiedenen Interessen auch in einer Organisation zur Geltung kommen zu lassen. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Appell an die Versammlung, sich den Bestrebungen anderer Städte anzuschließen; unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen alle Kräfte zu einem großen Ganzen zu vereinigen. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Makait und Kopitz für den Zusammenschluß aus. Derselbe wird hierauf von der Versammlung einstimmig angenommen und zwar auf folgender Grundlage: 1. Die Ortsverwaltung wird zusammengesetzt aus 5 Personen, bei Wahl derselben ist Rücksicht zu nehmen auf die einzelnen Branchen. 2. Die Ortsverwaltung ist verpflichtet, in jedem Quartal zwei Mitgliederversammlungen einzuberufen; in dringenden Fällen finden außerordentliche Mitgliederversammlungen statt. 3. Zur Leitung der einzelnen Branchen werden Branchenvertreter gewählt; dieselben haben beratende Stimme in der Ortsverwaltung. 4. Die Branchenvertreter sind in Branchenversammlungen zu wählen; in diesen Versammlungen werden alle Angelegenheiten verhandelt, die speziell die betreffende Branche angehen. Der Zusammenschluß soll mit dem 1. Januar 1899 in Kraft treten. Es erfolgt nunmehr die Wahl der zukünftigen Ortsverwaltung und wurden folgende Kollegen gewählt: zum Bevollmächtigten Otto Mielebock, Nummerstr. 10, als Kassierer Martin Makait, Jägerstr., 57, als Redirektor Franz Eggert, Herrn. Jojoss, Aug. Dalgow. Zu „Verständigen“ wird in Folge einer Anregung vom Gewerkschaftsstellvertreter, betr. die Vereinigung sämtlicher den Gewerkschaften gehöriger Bibliotheken zu einer allgemeinen Arbeiterbibliothek, beschloßen, sich dieser Sache anzuschließen. Die nötigen Formalitäten hierzu werden der Ortsverwaltung überlassen. Mit der Bitte, die neue Ortsverwaltung in ihren schweren Arbeiten zu unterstützen, sowie die Mitgliederversammlungen in Zukunft besser zu besuchen, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Kosenheim. Hier macht sich seit kurzem wieder eine große Laune unter den Metallarbeitern bemerkbar und konnten wir deshalb wiederholt wegen schlechten Besuchs unsere Mitgliederversammlung nicht abhalten. Kollegen! Ihr wißt, daß wir in abgelaufenen Quartal nahezu die Hälfte unserer Mitglieder durch Abreise verloren haben, was übrigens beweist, daß die Verhältnisse hier nicht die besten sind. Ihr wißt auch, daß unsere Filiale zur Zeit wieder klein ist; daran ist unsere Interesseloseigkeit schuld. Weiters stehen wir vor einem Lokalwechsel. Wenn aber die Mitgliederversammlungen so schlecht besucht werden und wir doch wünschen, daß um diese Jahreszeit das Lokal geheizt wird, so wird es uns schwer, in dem Fall ein entsprechendes Lokal zu finden, man wird uns unter den Umständen in einem neuen Lokale auch nicht sehr schätzen lernen. Es ist wohl nicht zu viel verlangt, wenn ein jedes Mitglied alle 14 Tage einmal die Versammlung besuchen soll, damit wir wenigstens die notwendigen Angelegenheiten regeln könnten. Pflicht eines jeden organisiert sein wollenden Kollegen ist es, zu jeder Zeit seinen Mann zu stellen. Wir müssen uns zusammenschließen, wenn wir unseren gerechten Kampf mit Erfolg führen wollen.

Harel. Schon seit vier Jahren besteht hier eine Zahlstelle des D. M. A. Da wir bis jetzt die Spalten unseres Organs noch nicht in Anspruch genommen haben, so können die Kollegen glauben, hier herrschten die schönsten Verhältnisse. Doch gerade das Gegenteil trifft zu, denn bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 20—30 J muß man sich 10 $\frac{1}{2}$ —11 Stunden abrackern. Auch herrscht hier noch vorwiegend das Afford-System, wobei Mancher nicht einmal auf seinen Taglohn kommt. Man sollte nun glauben, hier wäre leichte Arbeit für unsere Organisation, doch gerade die, die unter dem schwersten Druck zu leiden haben, obgleich sie sich ihrer schweren Lage bewußt sind, zeigen dem Verband gegenüber eine Distanz, wie wohl nirgend. Denn

troßdem hier 200 Metallarbeiter arbeiten, gehören nur 20 der Organisation an. Doch die Hauptschuld trifft die fleißigen Verhältnisse. Die meisten Kollegen treiben nebenbei noch Landwirtschaft, was sie noch einigermaßen über Wasser hält und worauf sie sich auch berufen. Vorigen Winter haben sich auch die Hirsch-Dunderländer hier eingemischt und hinter verschlossenen Türen eine Zahlstelle gegründet. Anfangs schien es, als hätten sie besseres Glück als wir, doch als die Arbeiter die Taktik der Gewerkschaften erst kennen gelernt hatten und der Harmoniebücherei fassbar waren, welche sich so recht bei der letzten Reichstagswahl hervorthat, lehrten sie ihnen wieder den Rücken, so daß sie wieder auf ein halbes Dutzend zusammengeknirscht sind. Wir fordern die uns noch fernstehenden Kollegen auf, mit uns Hand in Hand zu gehen und zu agitieren, dem D. M. B. neue Mitglieder zuzuführen. Thue Jeder seine Pflicht in seinem eigenen und im Interesse der Gesamtheit.

Mechaniker.

Frankfurt a. M. Zu einem Konflikt zwischen dem Direktor der Wassermessfabrik U. E. Spanner in der Bornheimerlandstraße und den dort beschäftigten Mechanikern ist es in Folge des eigenwilligen Verhaltens des obengenannten Herrn Direktors Suchonck gekommen. Vor einem Jahre siedelte genannte Firma von Nachen nach hier über, sämtliche Arbeiter mit Einschluß des Meisters kamen mit, waren aber durch die Verschiedenheit der Verhältnisse von vornherein sehr unzufrieden. Frankfurt ist eben ein theures Pflaster. Die Leute hielten aber trotzdem aus, weil das Arbeitsverhältnis insofern ein erträgliches war, als der Meister die Arbeiter gut behandelte und dieselben auch noch etwas verdienen lieg. Diese Umstände wahrheitsgemäß — wenn nicht andere — bewogen den Herrn Direktor, dem Meister zu kündigen und einen den dortigen Arbeitern nicht von der besten Seite bekannten z. B. beim Wasserwerk in Stuttgart beschäftigten Mechaniker als Meister zu engagieren. Die Arbeiter besprachen diese Angelegenheit unter sich und erklärten einstimmig, unter diesem Meister nicht arbeiten zu wollen und beauftragten drei Kollegen, diesen ihren Willen dem Herrn Direktor mitzuteilen. Ohne sich in eine Verhandlung mit den Arbeitern einzulassen, ja nicht einmal ordentlich angehört wurden sie, erklärte der Herr Direktor: „Was, gegen meinen Willen wollt Ihr handeln, Ihr seid sofort entlassen.“ Die so auf's Pflaster Geworfenen erhielten ihren Lohn für 14 Tage im Voraus ausbezahlt und müßten sofort den Staub der Spanner'schen Wassermessfabrik von den Füßen schütteln und dieselbe verlassen. Unter den Entlassenen befinden sich zwei Verheiratete. Wenn der Herr Direktor glaubt, damit den „bedrohten Frieden“ seiner Fabrik gerettet zu haben, so irr er sich gewaltig, zunächst haben sich sämtliche (bis auf 3) Kollegen mit den Gemäßigten solidarisch erklärt und ihre Kündigung eingereicht (zusammen 20 Mann), dieselben haben gleichfalls der Organisation Mitteilung gemacht, diese hat nun, nachdem sich die Kollegen der Organisation angeschlossen haben, die Sache in die Hand genommen, und wird dem Herrn Direktor Suchonck zeigen, daß wir uns nicht in Böhmen oder Maden befinden, sondern in Frankfurt, wo eine Organisation, der D. M. B., vorhanden ist, die für die Rechte der gemäßigten Arbeiter eintritt. Eine Versammlung, die in nächster Zeit stattfindet, wird die Mittel und Wege beraten, um die Angelegenheit in beiderseitiger Interesse zu erledigen. Zugang von Mechanikern ist vor allen Dingen streng fern zu halten, dies mag hauptsächlich den Kollegen in Stuttgart, Mannheim und Ludwigshafen zur Notiz dienen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Leipzig. In Folge Maßregelung haben sämtliche Schlosser, Dreher und Fräser der Leipziger Dreifabrik vorm. Berger & Co. Süngenerstraße, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist daher streng zu vermeiden. Hauptächlich machen wir die Kollegen in Chemnitz darauf aufmerksam, da sich die Firma nach Chemnitz wenden wird, um Arbeiter für Mundstreichmaschinen zu bekommen.

Feilenhauer.

Duisburg. Die Sektion der Feilenarbeiter hielt am 23. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Da die Kollegen Jacob und Oefler von Duisburg verziehen, wurde Schneider, Coloniestr., als Kassierer gewählt. Weigand, Coloniestr., als Führer des Arbeiterausschusses, und W. nahm auf unbeschränkte Zeit den Posten als Gewerkschaftsdelegierter an. — Dann wurde nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten unser Aufruf in Nr. 41 der „M.-A.-Z.“ diskutiert. Ein Kollege führte Folgendes aus: Die Einführung des 1898er Tarifs von Remscheid sei undurchführbar, nicht weil derselbe zu gut ist, vielmehr das Gegenteil. Aber es würden zum größten Teil allerorts alte Feilen gehauen und sei die Berechnung alter Feilen zu unmaßstäblich. Es wäre praktischer, wenn von irgend einer Seite ein Preis ansgearbeitet würde und derselbe nicht durch Zwang, sondern als Norm angenommen würde von jedem organisierten Feilenarbeiter. Desgleichen sei es mit dem Minimallohn von 20 M. Ein jedes Verbandsmitglied müßte es sich zum Prinzip machen, nicht unter 20 M. Wochenlohn bei dieser günstigen Konjunktur zu arbeiten. Die Kollegen sollen an die Jahre 1890/93 denken, wie die Unternehmer bei der großen Zahl von arbeitslosen Feilenhauern ihre Unternehmerrisiken und Behandlungsweise zur Geltung gebracht haben. — Dies diene allen Kollegen, welche sich täglich an uns gewendet hatten, zur Notiz. Dann wurde der Bericht in Nr. 6 der „Tage und Feile“ kritisiert. Der Schreiber jenes Blattes muß nicht wissen was Minimallohn ist, sonst würde er nicht schreiben, die Pioniere der D. M. B. würden dagegen demonstrieren. Redner schließt mit der Aufforderung, noch mehr agitatorisch unter den Kollegen Westfalen-Rheinlands zu wirken, die beste Waffe sei die Aufklärung, dann werde auch der jetzt gegründete Unternehmer-Verband der Feilenindustrie Rheinlands machtlos sein gegenüber den gerechten Forderungen der Arbeiter.

Landsberg a. W. Wenn wir die Spalten unseres Organs wieder in Anspruch nehmen, so haben wir volle Veranlassung dazu. In der letzten Versammlung erwies sich, daß in der Feilenhauerei von D. Kempe hier Mißstände vorhanden sind, die wir der Deffenlichkeit nicht vorenthalten dürfen. Da in der letzten Zeit Herr D. Kempe seine Arbeitskräfte meistens aus Breslau bezogen hat, so sei es besonders der dortigen Kollegen an's Herz gelegt, Schritte

zu thun, solchen Mißständen Einhalt zu gebieten. So mußte der Schleifer Karl Poppe-Breslau hier die Erfahrung machen, daß er mit Familie von dort nach hier zu dem Zweck gelockt wurde, um die Schleiferei des D. Kempe zu vergrößern und sie nach modernem Betrieb umzuändern. Es wurden ihm von Herrn Kempe die besten Versprechungen gemacht, sogar die Meisterstelle wurde ihm in Aussicht gestellt, auch war gleich ein Vertrag auf zwei Jahre zur Hand. Die Herrlichkeit hatte bald ein Ende und die Chifanirereien liegen nicht lange auf sich warten. Glänzend verstand es Herr D. Kempe auf indirektem Wege den Lohn zu schmälern, die Behandlung wurde eine unerträgliche. Worte wie: „Ich schmeiß Sie raus, Sie Hahn, Sie sind ein Demokrat“, „der Kerl muß raus, er heßt mir die ganzen Leute auf“, fielen. Unter diesen Umständen zog es nun Poppe vor, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Kurz wollen wir noch erwähnen, wie es mit den übrigen Arbeitern betreffs Arbeitszeit, Lohn- und Behandlung steht. Der Durchschnittslohn beträgt pro Woche 15 M bei einem auf dem Papier festgesetzten 11stündigen Arbeitstag, und sind es die besten Hauer, welche einen Wochenlohn von 16 M und freie Wohnung haben. Indes müssen diese Leute ihre Arbeitszeit des öftern auf 14 Stunden ausdehnen und so die Ueberstunden umsonst arbeiten. Selbstredend machen diesen „Spaß“ nicht alle Arbeiter mit. Aber: „Das sind dumme Jungen, die müssen raus, sobald ich Ertrag habe.“ Verdiente Arbeitslöhne werden von D. Kempe in sehr mangelhafter Weise gezahlt, und müssen die Arbeiter längere Zeit über den festgesetzten Tag der Wochenlohnauszahlung hinaus warten. Auch ein Verberrief des D. Kempe kann seines schönen Inhaltes wegen den Feilenhauern zur Kenntnis gebracht werden. „Verdienen sollen die Leute, ich will nichts umsonst gearbeitet haben, die Hauptsache ist, daß die Leute gut sind, Arbeit ist für's ganze Leben, da ich große Werke an der Hand habe, die Hauptsache ist bei mir: hlos viel liefern, Arbeit wird niemals alle, das werden die Leute ja sehen, wenn sie hier sind.“ — Nun zu Euch, Ihr Arbeiter! Wollt Ihr noch länger der Willkür Eurer Arbeitgeber ausgesetzt sein? — Wollt Ihr noch länger 14 Stunden für einen Wochenlohn von 15 bis 16 M arbeiten? Wollt Ihr noch weiter unter solch elender Körper-, Geistes- u. Familienverruine Euch hingeben? Tretet ein in den D. M. B. Auf diesem Wege werden Ihr dazu gelangen, diese traurigen Mißstände zu überwälzigen.

Mannheim - Ludwigshafen. Allen Kollegen zur Kenntnis, daß am Samstag, den 5. November, sämtliche Kollegen in Ludwigshafen, wenn bis dahin die Forderungen nicht bewilligt sind. In Betracht kommen die Orte Speyer und Frankenthal, in Mannheim ist bereits der Tarif bewilligt.

Dresden-Potschappel. Am 22. Oktober fand hier eine öffentliche Feilenarbeiterversammlung statt, mit der Tagesordnung: 1) Unsere Organisation. 2) Gewerkschafts-Lohes. Der erste Punkt mußte leider wegfallen, da ein Referent nicht rechtzeitig bestellt war, aber um so lebhafter wurde die Debatte im zweiten Punkte. Zuerst wurden die letzten Vorkommnisse in der Feilenfabrik von B. Diehlhose, Potschappel, eingehend besprochen und der Arbeiterausschuß aufgefordert, nochmals bei Herrn Diehlhose vorzutreten und um Wiedereinstellung der gemäßigten Kollegen. Ferner wurde beschlossen, daß der Arbeitsnachweis strikte durchgeführt werden soll und diejenigen Kollegen, welche denselben umgehen, beim ersten Mal einen Verweis erhalten, beim zweiten Mal in der Zeitung veröffentlicht und beim dritten Mal aus dem Verband ausgeschlossen werden sollen. Des Weiteren wurde noch von verabschiedeten Kollegen angefragt, ob es nicht an der Zeit sei, die Adressen der Arbeitsnachweise Deutschlands auch im „Deutsches Metallarbeiter“ monatlich einmal zu veröffentlichen, was dem Hauptverband zur Berücksichtigung überwiegen werden soll.

Nachzutragen ist noch: Herr Diehlhose hat es rundweg abgelehnt, die gemäßigten Kollegen wieder einzustellen, nachin ist Zugang nach Potschappel streng fernzuhalten. Umschauen ist verboten. — Der Arbeitsnachweis befindet sich: Dresden, Flemingstr., Gasthaus zur „Bärgenburg“, wovelsst auch Abends von 7-8 Uhr das Geschäft ausgeht wird.

Potschappel. Wir halten die Ausführungen in Nr. 49 unserer Zeitung betr. der letzten Vorkommnisse bei der Firma Diehlhose-Potschappel vollständig aufrecht. In dem herr. Artikel ist nicht gesagt, daß die Entlassenen am längsten im Geschäft thätig seien, sondern mit am längsten (diejenigen, die noch länger da sind, sind hauptsächlich „Arbeitswillige“), und darin liegt wohl ein anderer Sinn. Ferner ist nicht gesagt, daß die Entlassenen den höchsten Lohn hatten, sondern den höchsten Lohn mit inne hatten. (Zur selben Zeit hatte nur einer etwas mehr Lohn.) Des Weiteren ist auch nicht behauptet worden, daß die Entlassenen mitgestreift hätten (dieselben sind vor dem Streik in andere Arbeitsgerecken). Wir möchten nur von Herrn Diehlhose erwarten, daß er in Zukunft derartige Berichte genauer durchlieft, er wird dann auch keine „Berichtigung“ nötig haben. Herr Diehlhose behauptet noch, daß die Arbeit knapp wurde. Das mag richtig sein, aber es ist immerhin verdächtig, wenn Herr Diehlhose gleich 14 Tage danach schon wieder einen Feilenhauer aus Böhmen einstellen wollte, der aber unter den Verhältnissen die Arbeit nicht auskommen hat. Und nun zu den Ausführungen betreffs des Arbeiterausschusses. Der Arbeiterausschuß hat allerdings nicht die Veröffentlichung des herr. Artikels veranlaßt, sondern es fanden sämtliche organisierte Kollegen dahinter. Weiter erklärt Herr Diehlhose, der Arbeiterausschuß wisse nichts von Differenzen in seiner Fabrik. Dies müssen wir entschieden zurückweisen, denn der Arbeiterausschuß weiß es vielleicht besser als Herr Diehlhose, daß die plötzlichen Entlassungen doch Maßregelungen waren, und das sind doch Differenzen. Der Arbeiterausschuß und die organisierten Kollegen erklären hiermit, den Anspruch, daß sie von Differenzen in der Fabrik nichts wüßten, für unwahr. Zum Schluß seiner Zuschrift erklärt Herr Diehlhose, daß seine Leute jederzeit die Unwahrscheinlichkeit unseres Artikels bestätigen werden. Das bezweifeln wir aber sehr stark. Wenn Herr Diehlhose wünscht, daß in seiner Fabrik keine Differenzen mehr entstehen, daß Ruhe und Frieden herrscht, so mag er nur darnach trachten, daß solche Vorkommnisse, wie sie in der letzten Zeit passierten, in Zukunft unterbleiben, denn Niemand wünscht gerade die Ruhe und den Frieden mehr als die Arbeiter.

Die organisierten Feilenarbeiter der Firma Diehlhose, Potschappel.

Speyer. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Feilenhauerversammlung referierte Koll. M. Vogländer über die Bewegung der Feilenarbeiter der bairisch-bayerischen Pfalz. Referent erläuterte in sachgemäßer Weise die heutige wirtschaftliche Lage der Feilenarbeiter und erklärte auch eingehend die Lohnverhältnisse derselben; er schloß mit dem Wunsch, daß die Kollegen, nachdem sie in die Bewegung zu Gunsten der Besserung ihrer Verhältnisse eingetreten sind, durch festes Zusammenhalten zeigen, daß es ihnen auch wirklich Ernst damit ist. Die Diskussion ergab, daß Alle einmütig beiztret sind, endlich auch einmal sich an die Seite der besser bezahlten Kollegen zu stellen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Die örtlichen Verwaltungen werden nochmals eruchtet, die zu Anfang 1899 nothwendigen Ertragsbücher umgehend unter Angabe von Hauptnummer, Vor- und Zunamen zu bestellen, da sonst eine pünktliche Zusendung der Ertragsbücher unmöglich ist.

Der Verband der Markentrollbücher ist beendet, sollte eine örtliche Verwaltung dasselbe nicht erhalten haben, so ersuchen wir, sofort bei uns zu reklamieren.

Hamburg, 29. Oktober 1898.

Mit Gruß

Der Vorstand.

An die Berliner Metallarbeiter!

Die Mitglieder werden ersucht, in allen Werkstätten dahin zu wirken, daß Werkstättvertrauensmänner ernannt und deren Adressen dem Bureau, Annenstr. 39, mitgeteilt werden. Jede, selbst die kleinste Werkstat, muß in den Vertrauensmännerversammlungen vertreten sein, ev. mögen sich arbeitsfreundliche Kollegen selbst hierzu melden.

Die Ortsverwaltung, S. Annenstr. 39.

Technisches.

Aluminiumlegierungen.

Von den Aluminiumlegierungen verdient das Aluminiumzink besondere Erwähnung. Dasselbe findet Verwendung zur Galvanisierung und dann als Messingzusatz. Man stellt es entweder mit 5 oder mit 10 Prozent Aluminium dar, indem man den im Graphitiegel geschmolzenen 90 oder 95 Prozent Zink mit beidseitigem Umrühren das Aluminium zusetzt; die Legierung wird zu passenden Stäben gegossen. Die 5 Prozent Aluminium enthaltende Legierung wird vorzugsweise zum Galvanisationszweck verwendet, die 10prozentige dagegen zu besseren Messingorten mit über 1 Prozent Aluminium. Zu letzterem Behufe wird das Aluminiumzink zugleich mit dem übrigen Zink beim Messingpressen zugelegt. Im Galvanisationsbade erfolgt die Anwendung der Legierung in jeder Hinsicht ebenso wie diejenige von reinem Zink, und dabei in solcher Menge, daß etwa 1 Prozent Legierung auf das Gewicht der Badeflüssigkeit zu rechnen ist; doch wechelt die Menge nach derjenigen des angewendeten Zinks und der Art des zu galvanisierenden Materials. Das Aluminiumzink macht dabei zugleich den Zusatz von Ammoniumsulfid zur Erklärung des Oxydabades unnötig; werden beide Mittel zusammen angewendet, so haben sie ihre Wirkungen gegenseitig auf. Zum Messing wird Aluminium in allen Mengen zwischen 0,1 und 10 Prozent zugesetzt, und zwar mit bestem Erfolge, falls man Aluminiumzink anwendet. Will man dem Messing Aluminiumzusatz bis zu nur 1 Proz. erteilen, so nimmt man zweckmäßig 5prozentiges Aluminiumzink, ansonstenfalls 10prozentiges. Ein Aluminiumgehalt von weniger als 1 Prozent soll hauptsächlich ein leichtes Gießen des Messings und eine blasenfreie, doppelte Fläche erzielen; dabei kann man um die Hälfte oder ein Drittel kleinere Messingmengen verarbeiten, indem der Aluminiumgehalt dem Messing eine größere Flüssigkeit verleiht, welche den Formguß erleichtert. Ein Aluminiumgehalt des Messings von mehr als 1 Prozent erteilt dem letzteren eine größere Festigkeit, welche sich noch mit dem Anwachsen von jenem bis zu ungefähr 10 Prozent steigert. Fast allgemein wird aber 1 Prozent Aluminium in Messing bevorzugt, des dichten, festen Gußes halber. Der Aluminiumzusatz gestatter so, billigere Messingorten für Zwecke zu verwenden, zu denen sie früher nicht tauglich waren. Eine andere Aluminiumlegierung, nämlich diejenige von Aluminium mit Kupfer, Eisen und Chrom wird aus dem Grunde empfohlen, weil sie jede andere Aluminiumverbindung an Härte, Festigkeit und Schweißbarkeit übertrifft. Hergestellt wird dieselbe durch Zusatz von Ferro-Chrom zu einer Aluminium-Kupfer-Legierung.

In schärfer Weise hat H. Moissan, wie das „Hannoversche Gewerbeblatt“ mittheilt, die leichte Legierbarkeit des Aluminiums benutzt, um schwer mit einander legierbare Metalle einander in beliebigen Mengen zu verbinden. So auf direktem Wege solches nicht möglich ist, wie z. B. Kupfer nur bis etwa 0,5 Prozent Chrom aufnimmt, gelingt dies mittelst des Aluminiums. Die Chrom-Aluminium-Legierung wird nämlich vom Kupferschmelzfluß in jedem Mengenverhältnisse aufgenommen, und läßt sich das Aluminium aus der entstandenen Legierung Chrom-Aluminium-Kupfer wieder leicht entfernen dadurch, daß man ihren Schmelzfluß mit einer dünnen Schicht von Kupferoxyd bedeckt, welchem das verbleibende Aluminium den Sauerstoff entzieht; das Kupfer des Oxydes tritt dabei in den Schmelzfluß ein, während das zu Thonerde verbrannte Aluminium an der Oberfläche schwimmt und von ihr leicht entfernt werden kann. Ferner wurde von Moissan das Aluminium benutzt, um an sich als ziemlich unschmelzbar zu bezeichnende, d. h. nur im elektrischen Lichtbogen, aber nicht in den gewöhnlichen Oefenschmelzpunkten einzugehen. Hierzu dienten die Oefen der schwer schmelzbaren Metalle, und zwar wirft man ein Gemenge des zu reduzierenden Metalloxydes mit Aluminiumfeilspänen in ein Schmelzbad von Aluminium, die in diesem Falle erfolgende Verbrennung des Aluminiums (zunächst im Sauerstoff der Atmosphäre und nachher an der

Oberfläche des Schmelzbad) liefert eine dermaßen große Hitze, daß selbst die zu den unerschmelzbaren Substanzen gerechneten Oxide reduziert werden; das hierbei stetig in den Aluminiumschmelzfluß eintretende Metall steigert zugleich den Schmelzpunkt der Legierung. Die Darstellung erfolgt demnach auf trockenem Wege und ohne Zuhilfenahme eines weiteren Schmelzmittels (dessen Rolle da eben das verbrennende Aluminium übernommen hat). Auf diesem Wege stellte Moissan zuerst bei Anwendung von Vanadinäureanhydrid eine Vanadium-Legierung mit 25 Prozent Vanadium her, fern aber Aluminium-Legierungen mit Nickel, Molybdän, Uran und Titan. Hierbei wurde oft eine dermaßen gesteigerte Reduktion erzielt, daß das Auge die Glüh nicht ertragen konnte; so konnten insbesondere Legierungen mit bis zu 75 Prozent Wolfram nur bei den größten Eisegraden flüssig erhalten werden, während solche von 10 Prozent leichter darzustellen gingen. Auch explosiv waren manche Reaktionen. Moissan hat die Wichtigkeit dieses Legierungsverfahrens für die Industrie sehr wohl erkannt und hervorgehoben. So meint er, daß durch Vermittlung des dabei wieder ausströmenden, verbrennenden und in die Schlacke wandernden Aluminiums (nötigenfalls unter Zusatz von Eisenoxyd) Wolfram oder Titan in einen im Martin-Siemensofen flüssig erhaltenen Stahlschmelzfluß einzuführen sei; auch glaubt er, daß die Methode verallgemeinert und mit ihrer Hilfe eine große Zahl neuer Legierungen erhalten werden könne.

Ein Verfahren zur Herstellung von Spezialstahlorten wie Chrom-, Wolfram- und Molybdänstahl mit Zuhilfenahme von Aluminium hat sich denn auch schon The Electro-Metallurgical Comp. patentieren lassen; darnach soll man dem Eisen-Schmelzfluß eine genügende Menge Aluminium zur Entziehung des Sauerstoffes zufügen; von letzterem soll jedoch der Schmelzfluß nicht völlig befreit werden, da sonst freies Aluminium in ihn übergehen und eine Legierung mit diesem entstehen würde. Hierauf wird das zu legierende Metall (Chrom, Wolfram usw.) in geringem Ueberschuß über das gewünschte Mengenverhältnis zugegeben; der Ueberschuß soll nämlich dazu dienen, die geringe, noch vorhandene Sauerstoffmenge zu entfernen. In diesem Falle soll also das Aluminium erheblich nur auf Erhöhung der Schmelzfluß-Temperatur hinwirken, und sucht man anfänglich einen Eintritt desselben in den Schmelzfluß zu vermeiden. Letzterer ist auch in der That sehr bedenklich, weil das zu Thonerde verbrannte Aluminium großen Schaden anrichten kann. Es ist auch bereits ein Patent angemeldet, wonach durch Zugabe eines geeigneten Metalloides (Silizium oder Bor) zum mit Aluminium behandelten Schmelzfluß das verbrannte Aluminium unschädlich gemacht und als mehr oder weniger leichtflüchtige Schlacke entfernt werden soll.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Afeld.** Sonnabend, 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im „Lübli“. Abrechnung vom 3. Quartal.
- Altenburg.** Sonnabend, 5. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im „Lübli“.
- Altona.** Montag, 7. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Christmann, Blumenstr.
- Apolda.** Sonnabend, 12. Novbr., Abds. 8 Uhr, im „Vorwärts“.
- Jugsburg.** Samstag, 5. Nov., Abds. 8 Uhr, im „Blauen Hof“.
- Bamberg.** Samstag, 12. Novbr., im Gasthaus zur „Mariusbrücke“.
- Barmen.** Samstag, 5. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Fischerhalestr. 19. Vortrag.
- Berlin.** Vertrauensmännerkonferenzen: Für Nordwesten und Moabit: Sonnabend, 5. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Fischer, Benjestr. 9; für den Süden: Mittwoch, 9. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Rautenberg, Oranienstr. 180; für den Norden: Sonnabend, 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Dine, Adlerstr. 123.
- Berlin.** Sonntag, 6. Nov., Vorm. 10 Uhr, Generalversammlung im „Jenpalast“, Burg- und Wolfgangstr. Ecke Kassenbergt und Bericht der Revision. Unsere Kritik bei Streik und Wohnbewegungen. Bestätigung der vorgeschlagenen Beisitzer. An die Verwaltung gelangte Antisage. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
- Biebrich a. Rh.** Am 5. Nov. im „Kaiser Hof“.
- Bitterfeld.** Die Versammlungen finden nunmehr in Delmer's Restaurant statt und zwar alle 14 Tage Sonntag.
- Cannstatt.** (Allg.) Samstag, 5. Nov., Abds. 8 Uhr, im Lokal Fortsetzung des Vortrages über: Die deutsche Arbeiterkammer in ihrer Entwicklung. Bericht vom Gewerkschaftsrat.
- Coburg.** Sonntag, 6. Nov., Nachm. 3 Uhr, in der „Reichshalle“.
- Essen.** Alle 14 Tage bei G. Vösl, Schloßgasse 10.
- Farmhadt.** Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat in der Zentralherberge („Gold. Wa.“), groß Ochsenstraße 15, statt.
- Frankfurt.** Sonntag, 5. Nov., bei Gieseler, Die hiesigen Ortsratswahlen.
- Frankfurt a. M.** (Allg.) Samstag, 19. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Körnerplatz 3.
- Halle i. S.** Sonnabend, 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Vortrag: Die Lage über die Begründung des deutschen Reichs.
- Heidelberg.** Samstag, 5. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Schupp.
- Frankfurt a. M.** Samstag, 5. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Große, Große Giechheimerstr. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schmidt.
- Halle i. S.** (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 12. Nov., bei Paulmann, Gartenstr. 7.
- Hamburg-Born.** Sonnabend, 12. Nov., Abds. 9 Uhr, bei Frau Horner Landstr.

- Hannover.** (Allg.) Sonnabend, 5. Nov. im Saale des „Ballhof“.
- Hannover.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 12. Nov., bei Stragner, Langestr. 2.
- Hannover.** (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Fiene, Rademacherstr. 1.
- Kaiserslautern.** (Allg.) Samstag, 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, in den „Drei Köhren“, Stadtweierstr. 1.
- Karlsruhe.** (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den 12. Novemb., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalmbach, Vortrag über das Unfallgesetz. Abrechnung vom Stiftungsfest.
- Karlsruhe.** (Sektion der Blechner u. Installateure.) Samstag, Abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Philister“ (Bahnhofstr.) Vortrag.
- Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, 5. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Nitter“.
- Leichhausen.** Samstag, 12. November, Abds. 7 Uhr, Vortrag.
- Ludwigshafen a. Rh.** Samstag, 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Maxstraße.
- Menzelwitz.** Sonnabend, 5. Nov., Abds. halb 9 Uhr, in der „Quelle“. Wahl einer Ortsverwaltung.
- Neu-Isenburg.** Sonntag, 6. Nov., Nachm. 4 Uhr, bei Kollege A. Beder, Karlstr. 9.
- Nürnberg.** (Sektion der Feilzeugindustrie.) Montag, 14. Nov., bei Bantner, Statistil. Verschmelzung des Klassenwesens.
- Nürnberg.** (Sektion der Schleifer und Polierer.) Am 12. November im „Nörjer“.
- Rastatt.** Samstag, 5. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im Schloß. Vortrag: Arbeitergesetzgebung.
- Regensburg.** Samstag, 12. Nov., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Nitter“. Vorlesung aus dem kommunistischen Manifest.
- Reinsried.** Samstag, 5. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Schnependahl. Vortrag von Gen. Venz über: Die Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter und die bevorstehende Buchhandlung. — Die Mitglieder werden ersucht, die Bibliotheksbücher in dieser Versammlung abzuliefern.
- Reichenbach i. N.** Sonnabend, 5. Novbr., Bericht-erstattung.
- Röhlau.** Sonnabend, 12. Nov., bei Schreiber, Feldstr.
- Stuttgart.** (Sektion der Gürtler und Metallschleifer u. v. B.) Samstag, 5. Nov., Abds. 8 Uhr, im Restaurant Eger, Silberburgstr. 154.
- Telbert.** Samstag, 12. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Kotterheid, Neustr. 26.

Zur i. S. Die Adresse des Bevollmächtigten des D. M.-B. ist: Oswald Rein, Ave i. S., Schwarzenbergerstr. (Heißel's Neubau).

Bergedorf. Der Schlosser Johannes Nielsen, geb. am 11. April 1876 zu Kopenhagen, eingetr. am 31. Oktbr. 1896 zu Elmshorn, wird aufgefordert, sein Mitgliedsbuch Nr. 181 124 von der Verwaltung Bergedorf gegen Einzahlung von 20 J für Porto einzufordern.

Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 20. Nov., Vorm. 10 Uhr, am 27. Nov., Vorm. 10 Uhr und Nachm. 3 Uhr, sowie am 4. Dezember, Vorm. 10 Uhr und Nachm. 3 Uhr, je eine Vorstellung in der Sternwarte in Trepow stattfindet. Eintrittskarten zum Preise von 75 J für die Vorstellung und Beobachtung durch das Nierenfernrohr können bei sämtlichen Kassieren bestellt werden, und sind im Verbandsbureau, Annenstr. 39, erhältlich. Die Beobachtung durch das Nierenfernrohr kann an jedem beliebigen Tage vorgenommen werden. Die nächsten Vorstellungen für unsere Mitglieder in der „Urania“ finden am 26. Dezember (2. Weihnachtstfesttag), sowie Sonntag, 15. und 29. Januar, Sonntag 9 Uhr, statt.

Ferner ersuchen wir, in Zukunft alle Postsendungen, mit Ausnahme von Geld- und Einschreibsendungen, nur nach zu adressieren: In die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes, Berlin S., Annenstr. 39, da nur dann Garantie für prompte Erledigung gewährleistet werden kann.

Bitterfeld. Unser Verbandslokal befindet sich jetzt bei Hermann Delmer.

Coburg. (Feilenhauer.) Die durchreisenden Feilenhauer, welche 3 Monate dem Verbandslokal angehören, erhalten ein Sozialgesetz von 50 J, die noch keine 3 Monate dem Verband angehören eine Schlafmache. Abgabe durch Kollege G. Schlieper, Marktbrüderstr. 40, Mittags 12—1, Abends 7—8 Uhr, Herberge bei Birich Kaller, Marienstr.

Coburg. Die Schlosser Waldemar Schönrock aus Danzig, B. Nr. 246 824, und Gustav Beda aus Jallenburg, B. Nr. 77 788, werden aufgefordert, ihre Adressen anzugeben, damit ihnen das Mitgliedsbuch zugestellt werden kann.

Forstmann. (Sektion der Klempner.) Ich ersuche den Klempner Karl Frede, geb. am 23. Mai 1860 zu Altona, eingetr. am 6. Juni 1898 in Hamburg, seine Adresse nach hier zu senden, damit ihm sein Mitgliedsbuch nachgeschickt werden kann. Wilhelm Bunzel, i. Campstr. 103.

Dresden. Der Klempner Johannes Frei, geb. 1879 zu Pleß in Mittelfranken in Bayern, wird dringend gebeten, seine Adresse an seinen Kollegen Joh. Späth in Dresden, Florstr. 17, zu senden.

Fischerwalde. Sonnabend, 12. Nov., Stiftungsfest im „Gesellschaftshaus“ in Raumborf.

Hannover. Mit dem 1. November ist von uns ein Arbeitsnachweis ins Leben gerufen worden. Um möglichst allen Anforderungen, die an denselben gestellt werden, gerecht werden zu können, ersuchen wir die durchreisenden, insbesondere die hiesigen Kollegen, um thätigste Unterstützung. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei J. S. Wagner, Langestr., Zentralherberge und Verkehr sämtlicher Metallarbeiter, daselbst ist jeden Abend von 8—9 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr Vormittags, jemand von der Arbeitsnachweiskommission anwesend. Es ist dies für die durchreisenden Kollegen eine besonders günstige Zeit und ersuchen wir darum nochmals sehr dringend, auch wenn er noch nicht unterstützungsberechtig ist, nur Langestr. 2 zu übernachten, da es sonst vorzukommen könnte, daß wir die Stellen nicht besetzen könnten, was doch die Hauptsache ist.

Die Arbeitsnachweiskommission d. Klempner.

- Halle.** Künftig werden die Versammlungen der hiesigen Verwaltungsstelle bei Herrn J. Heilmann, Hauptstr., stattfinden. Wir richten nun an alle Kollegen das Ersuchen, ihren Verkehr in dieses Lokal zu verlegen. Nächste Versammlung wahrscheinlich am 12. Nov., Abds. 9 Uhr. Die Mitglieder der Ortsverwaltung, sowie die Werkstatthalter und Beitragssammler werden hiemit zu einer Besprechung auf Montag, 7. Nov., Abds. 9 Uhr, in das Vereinsbureau, Viktoriastr. 77, eingeladen. Die Mitglieder von Post ersuchen wir, am Samstag, 5. Nov., Abds. 9 Uhr, bei Degen in Post zu erscheinen.
- Nürnberg.** (Sektion der Flaschner.) Der Arbeitsnachweis befindet sich im Gasthaus zum „Goldenen Anker“, Bergstr. 9. — Umschauen verboten!
- Pforzheim.** Sonntag, 6. Nov., Eröffnung und Einweihung des neubauten Saales in der „Zentralherberge und Verkehrslokal der vereinigten Gewerkschaften“ im Gasthaus zum „Goldenen Löwen“, unter Mitwirkung der Musikkapelle „Harmonie“ des Arbeitergesangsvereins „Freiheit“ usw. Festrede, gehalten vom Reichstagsabgeordneten Alfred Agster. Anfang Abds. 4 Uhr. Programme à 20 J an der Kasse.
- Reichenbach i. N.** Adresse des Bevollmächtigten: Rich. Mädler, Leichgasse 4.

Gestorben.

In Brandenburg a. S. am 17. Oktober der Klempner Hermann Ley an Brusthöhlenentzündung, 31 Jahre alt.

Oeffentliche Versammlungen.

- Leipzig.** Sonntag, 18. November, Nachm. 3 Uhr, im „Coburger Hof“, Windmühlenstr., öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag des Patentanwalts und Zivilingenieurs Herrn Ed. Breslauer aus Leipzig, über: Patente und Gebrauchsmuster. Lebhaftige Fragestellungen sind erwünscht.
- Ludwigshafen.** Sonntag, 6. Nov., Nachm. 3 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Feilenarbeiterversammlung.
- München.** Samstag, 5. Novbr., Abds. 8 Uhr, im Saale des „Kolozeum“ (Eingang Zahnstr.), öffentliche Metallarbeiterversammlung. Wie ist die Lage der Metallarbeiter zu heben? Referent: Hans Nachtigal-Stuttgart.
- Plauen i. N.** Dienstag, 15. Nov., Abds. 8 Uhr, im „Bergschlößchen“. Haben die Arbeiter ein Recht zum Streiken? Referent: Robert Krause.
- Schramberg.** Samstag, 5. Nov., Abds. 8 Uhr, im „Mühle“, Kartellversammlung.
- Wiesbaden.** (Sektion der Spengler u. Installateure.) Samstag, 12. Nov., Abds. 9 Uhr, Adlerstr. 6, öffentliche Versammlung. Das neue Handwerkergesetz oder Zwangsinnung und freie Innung. Referent: Kollege J. Dejung, Frankfurt.

Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands, Stuttgart, Redarstraße 160, I.

Umschauen ist verboten!

Bei Gesuchen um Zuweisung von Arbeit ist Vor- und Zuname, Geburtsort, Alter und Familienstand (ob ledig oder verheiratet), sowie die Art der bisherigen als auch der gewünschten Arbeit anzugeben. **Geschlecht:** für Norddeutschland: mehrere Feilenhauer; Süddeutschland: 2 selbstständige Feilenhauer, darunter einer für einen Staatsbetrieb. Derselbe muß einschließl. Glähen und Härten selbstständig arbeiten können. Ausföhrliche Angebote, welche Lebensalter und frühere Beschäftigung ausweisen, sind an den Zentralarbeitsnachweis zu richten.

Privat-Anzeigen.

Wer den Aufenthalt des Kollegen **Schultheiß** aus Würzburg mittheilen kann, wird ersucht, die Adresse desselben an Unterzeichnete einzusenden. Porto wird vergütet. 262] **Jana Schultheiß**, Offenbach a. M., Biebererstr. 11

Feilenhauerei

nebst Grundstück, Mitte der Stadt, ohne Konkurrenz, ist sofort preiswerth zu verkaufen. 260] **Hwe. Haedcke**, Oßersleben.

In eine landwirthschaftliche Maschinenwerkstätte wird ein tüchtiger zuverlässiger Maschinenchloßer, der in allen landwirthschaftlichen Maschinen eingearbeitet ist und dem man bei Abwesenheit des Meisters Alles überlassen kann, als **Vorarbeiter** gesucht. Dauernde Stellung und guter Lohn wird zugesichert. Verheiratete erhalten den Vorzug. Offerte unter **Vorarbeiter** an die Exped. 261

Ein Mechaniker

für Schnitte gesucht. 263] **Brandstätter**, Metallwaarenfabrik, Fürth i. S., Fürtherstr. 37.

Feilenhauerei in Straubing.

Altes Geschäft, sofort sehr annehmbar veräußlich. Näheres beim Eigentümer. 247] **F. Kühn**. **Tüchtige Metalldreher** finden bei hohem Lohn und Akkod sofort dauernde Beschäftigung bei den **Olyer Metallwerken, G. m. b. H.** in Olpe, Weiffalen. 257

Tüchtige Formner

für dauernde Beschäftigung gesucht. 256] **F. Fleisch** in Herford (Westf.) Herforder Eisengießerei und Maschinenfabrik.